

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Zella-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Gepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abkündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. Juni 1932.

Dem Pack die Zähne zeigen!

Int. Markt
Gee. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. "Dem Pack muss man die Zähne zeigen. Das ist auch das einzige, was ihm imponiert. Gibt man ihm jedoch den kleinen Finger, so nimmt es die ganze Hand, um noch obendrein hineinzuspucken." (Goebbels im "Angriff" vom 14. Juni 1932.)

Die bayerische Regierung weiss, was sie von den Nationalsozialisten zu halten hat und wie sie behandelt werden müssen! Sie hat ihre Erfahrungen von 1923 her, sie weiss, was Zusicherungen und Ehrenworte von nationalsozialistischer Seite wert sind. Sie hat deshalb nicht nur gegen die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniform-Verbots durch die Reichsregierung protestiert, sie hat vielmehr bei der ersten Gelegenheit scharf zugegriffen. Am Freitag um 10 Uhr vormittags haben die Nationalsozialisten im Bayerischen Landtag gezeigt, dass sie den Sinn der politischen Notverordnung des Reiches in der Terrorfreiheit erblicken, eine Stunde später hat die bayerische Regierung, gestützt auf diese Vorgänge, ein allgemeines Uniformverbot erlassen. Sie hat damit ein Rezept befolgt, das sie der Nationalsozialist Goebbels gelehrt hat. Sie hat dem Pack die Zähne gezeigt!

Seit dem Amtsantritt des Kabinetts der Barone tobt in der Nazi-Presse ein Wutgeheul gegen die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Presse. Jedes scharfe, aber gerechte Wort gegen die Zusammensetzung des Kabinetts der Barone und gegen das von ihm verhängte Hungerdiktat wird zum Anlass, dass die Nazi-Presse im lauten Chore schreit: Verboten, Verboten! In ihrem Hass gegen die Sozialdemokratie merken die Schreier garnicht, wie eindeutig sie damit Partei nehmen für die unsozialen Massnahmen des Kabinetts der Barone und wie sie damit zugeben, dass sie diese Regierung als ihre Regierung ansehen. In einem dieser wutheulenden Artikel hat Herr Goebbels das Wort geprägt, das wir oben zitiert haben! Uns imponiert das Gekläff des Herrn Goebbels nicht, uns imponierte keine Ausnahmemaassnahme und keine Gewaltandrohung. Wir sind schon noch mit ganz anderen Leuten fertig geworden und wir werden dem nationalsozialistischen Pack gründlich die Zähne zeigen, wenn es glaubt, unter dem Schutze der politischen Notverordnung der Regierung Papen-Schleicher gegen uns frech werden zu können!

Wir nehmen die energische Haltung der bayerischen Regierung mit Befriedigung zur Kenntnis. Sie hebt sich wohltuend ab vom Verhalten der Reichsregierung. Die Verlegenheits-Wendungen, Erwartungen und Befürchtungen, mit denen die Reichsregierung die Aufhebung des SA- und Uniformverbotes begründet hat, sind pflaumenweich gegenüber dem Verhalten der bayerischen Regierung. Die Reichsregierung hat, um im Bilde zu bleiben, dem Pack nicht nur den kleinen Finger, sondern gleich die ganze Hand gegeben, und die Nationalsozialisten

sten spucken kräftig hinein! Die Reichsregierung hat geglaubt, dass die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots zur Beruhigung beitragen würde? Wir können uns vorstellen, mit welchem Hohngelächter dieser Glaube bei den Hitlerschen Bürgerkriegsbanden aufgenommen worden ist! Wie diese Banden die Aufhebung des Verbots auffassen, das zeigt sich heute schon im ganzen Reiche. Das uniformierte Nazigesindel unternimmt an allen Ecken und Enden Terrorversuche gegen friedliebende Bürger, von Disziplin ist keine Rede, die Faust, das Messer und der Revolver feiern Orgien!

Ungeheure Erregung bemächtigt sich der Bevölkerung. Die bürgerkriegsähnliche Unruhe flammt überall auf: In Berlin, in Breslau, in Hannover, in Hesse in Hamburg, im Rheinland - von überall her hat die Reichsregierung eine eindeutige Antwort von den Bürgerkriegsbanden des Herrn Hitler auf ihre Erwartungen erhalten! Wenn die Aufhebung des Verbots ein Experiment sein soll, so ist die Experiment heute schon gründlich vorbeigelaufen und die Schlussfolgerungen mit ten gezogen werden. Wenn aber die terroristischen Versuche durch Hitlers SA zunehmen, ohne dass die Reichsregierung Konsequenzen daraus zieht, so wird die Bevölkerung die Schlussfolgerung ziehen, dass es kein Experiment war, sondern das Ergebnis eines politischen Handels auf Kosten des inneren Friedens!

Die Landesregierungen von Preussen, Bayern, Württemberg, Baden und Hesse halten nach wie vor an ihren Demonstrationsverboten fest. Lediglich die nationalsozialistischen Regierungen von Braunschweig und von Mecklenburg haben auf Grund der Notverordnung der Reichsregierung sofort die Demonstrationsverbote aufgehoben. Wir werden unser Augenmerk auf diese Brutstätten des faschistischen Terrors richten! Die Faschisten sollen nicht glauben, dass sie ungestraft gegen die Bevölkerung wüten könnten, weil sie mit der Reichsregierung einen politischen Pakt abgeschlossen haben!

In Bayern hat die Reichsregierung auf ihre Erwartungen eine geradezu klassische Antwort erhalten, aber die bayerische Regierung hat Schlag auf Schlag gehandelt. Sie hat dem Pack, als es frech wurde, die Zähne gezeigt und wir nehmen an, dass die Reichsregierung sich hüten wird, auch nur ein Wort dagegen zu sagen! Wir würden freilich wünschen, dass die preussische Regierung mit derselben Energie zum Schutze des inneren Friedens und der Freiheit der Staatsbürger einschreiten würde. Die Vorgänge in Breslau sind eine Schande! Dem Terror entgegenzutreten, ist Pflicht, und wie dem Terror entgegengetreten werden muss, - das hat Herr Goebbels deutlich genug gesagt!

SPD. Breslau, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Als vor einigen Wochen in Reichenbach unter der Eule das SA-Heim geschlossen wurde, fand man dort 72 Stück Pistolenmunition, 21 Stück Revolvermunition, eine Menge Patronenhülsen sowie einen Gummiknüppel. Der grösste Teil dieses Materials wurde aus dem Strohsack des SA-Mannes Hanauski hervorgeholt. Hanauski, der sich jetzt dieser Angelegenheit wegen vor dem Reichenbacher erweiterten Schöffengericht zu verantworten hatte, gab an, dass er sich aus der Munition - einen Bilderrahmen habe machen lassen wollen! Das Gericht schenkte - wahrscheinlich in weiser Würdigung der heutigen politischen Situation - den Darlegungen des Angeklagten Glauben und "verurteilte" Hanauski wegen Übertretung der Ablieferungspflicht zu 5 Mark Geldstrafe!! Wir fragen uns: wieviel Monate Gefängnis hätte ein Reichsbannermann erhalten, wenn bei ihm Munition gefunden worden wäre?

SPD. Lausanne, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Freitag morgen gab MacDonald im Namen der Regierungen von England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan eine Erklärung ab. Hiernach soll die Leistung der Zahlungen, die den an der Konferenz beteiligten Regierungen als Reparations- oder Kriegsschulden geschuldet werden, für die Dauer der Konferenz eingestellt werden. Dadurch soll einer späteren Lösung nicht vorgegriffen werden. Die unterzeichneten Regierungen fordern die übrigen Gläubigerregierungen, die an der Konferenz teilnehmen, auf, sich dieser Erklärung anzuschliessen.

Nach Verlesung der Erklärung MacDonalds verlas Reichskanzler von Papen folgende Sätze :

"Ich weiss die Absicht, die Sie nach dem Wortlaut und den Erläuterungen des Herrn Präsidenten haben, voll zu würdigen. Ich begrüsse diesen ersten sichtbaren Beweis des festen Willens der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und diejenigen umfassenden und endgültigen Entschlüsse vorzubereiten, welche die heutige Lage fordern. Ich kann nur wünschen, dass die Erklärung von den Völkern, die wir hier vertreten, ja, von der gesamten Weltöffentlichkeit in dem gleichen Sinne verstanden wird."

Die Zustimmungserklärung der übrigen Gläubigerstaaten erfolgte darauf durch einfache Feststellung des Präsidenten, der damit die öffentliche Sitzung schloss.

Über die Rede des Reichskanzlers von Papen in der heutigen Geheimsitzung der Lausanner Konferenz wird berichtet: Nach Ausführungen über die Weltwirtschaftsprobleme, den Waren- und Kapitalverkehr und seine Hemmnisse gab er ein Bild der jetzigen Kreditkrise, die die Weltkrise des Güteraustausch überdeckt und betonte, dass in wirtschaftswidrigen Zahlungen die Hauptursache liege. Zur Lage in Deutschland wies der Reichskanzler darauf hin, dass der Beratende Sonderausschuss bereits im Dezember v.J. die damalige Steuerbelastung Deutschlands als das Maximum bezeichnet habe, dass man aber trotzdem jetzt noch neue Steuern habe ausschreiben müssen, um den Betrieb des Staates überhaupt aufrechtzuerhalten. Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Radikalisierung und Schrumpfung des Devisenaufkommens, das immer weniger den Zinsen- und Tilgungsdienst auch nur für die private Auslandsverschuldung aufbringen kann, seien Symptome dieser Entwicklung.

Zu den Einzelheiten des Reparationsproblems führte der Reichskanzler aus, dass man die Atempause nicht genützt habe, die Präsident Hoover seinerzeit mit seinem Plane bezweckte, dass ebensowenig die Empfehlungen der Sachverständigen berücksichtigt worden seien. Die deutsche Auslandsverschuldung beruhe zum grossen Teil auf der Substanzübertragung infolge der Reparationsleistungen: Mehr als 10 von den 18 Milliarden Auslandsanleihen seit der Stabilisierung Deutschlands seien durch die Barzahlungen für Reparationszwecke wieder ins Ausland zurückgeflossen. Besonders unterstrich der Reichskanzler dabei, man müsse die deutschen Leistungen nicht nach dem Empfangswert, sondern nach dem wirklichen Wert für den Leistenden berechnen. In der Tatsache, dass die unwirtschaftliche Verwendung der für den Leistenden kostspieligen Hergaben gewaltige Zahlendifferenzen schaffe, liege überhaupt die Problematik des ganzen Reparationssystems. Eine Berechnung nach ihrem wirklichen Wert bringe die Reparationsleistungen auf unvorstellbar grosse Zahlen.

Der Reichskanzler widerlegte dann die Auffassung, als würde eine Befreiung Deutschlands von seinen Schulden seine Konkurrenzfähigkeit übermächtig gestalten.

Zum Schluss kennzeichnete der Reichskanzler die bisherige Geschichte der Reparationen als eine Reihe von Experimenten, bei denen jedesmal ein Maximum an Leistungen Deutschland auferlegt worden sei. Die Rückwirkungen seien jetzt handgreiflich geworden: Die Reparationsleistungen hätten sich als unmöglich

und als schädlich erwiesen, und die Erfahrungen schlossen die Möglichkeit neuer Experimente dieser Art aus, die den gleichen Misserfolg haben. Die Besserung sei davon abhängig, dass die Weltwirtschaft von solchen Störungen durch wirtschaftswidrige politische Zahlungen entlastet werde. Die Reparationen, die ursprünglich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt gewesen waren, bauten nicht auf, sondern zerstörten.

Es handele sich um eine Arbeit, die den Blick auf die Zukunft richte. Die Zeit der kleinen Mittel, der Atempausen, der Vertagungen sind endgültig vorbei. Es müsse ganze Arbeit geleistet werden. Der Kanzler schloss mit dem Ausdruck der Erwartung, dass diese Konferenz aus dem verhängnisvollen Kreislauf der Vergangenheit endgültig herauskomme und den Weg für positive Zusammenarbeit freimache, die allein einer besseren Zukunft entgegenführen könne.

Der französische Ministerpräsident Herriot erklärte, wenn die deutsche Delegation das Recht habe, ihre Interessen zu verteidigen, so dürfe Deutschland nicht die Schwierigkeiten der anderen Länder übersehen. Er erklärte sich sehr befriedigt über MacDonalds Ausführungen zur Achtung der Verträge. Die Basis dieser Konferenz müsse der Bericht von Basel sein. Dieser Bericht sei die Regel und das Gesetz der Lausanner Konferenz. Deutschlands Schwierigkeiten seien im weitesten Masse die Ursache der Krise in der Welt. Die Regelung sei für Europa allein nicht möglich, sondern nur im Rahmen der ganzen Welt. Aber in Basel sei festgestellt worden, dass Deutschland eine vorzügliche industrielle Ausrüstung aufgebaut habe und sich sicher erholen werde. Für eine dauerhafte Regelung müsse man den ganzen Bericht von Basel nehmen. Man müsse die Gegenwart beachten und die Zukunft vorbereiten.

Herriot gab dann an Hand des Baseler Berichtes eine Schilderung der Folgen einer evtl. Streichung der Reparationen. Deutschland habe z.B. nach Layton 12, Frankreich 51 und England 105 Milliarden Reichsmark Schulden. Das Hoover-Moratorium habe Frankreich in einem Jahr 1,8 Milliarden Francs gekostet, die auf die Eisenbahnen hätten umgelegt werden müssen. Würden die Reparationen gestrichen, so bliebe die Belastung der deutschen Reichsbahn etwa 10 Milliarden Francs, der französischen Bahn 65 Milliarden Francs und der englischen 100 Milliarden Francs. Die Reichsbahn könne also erhebliche Tarifsenkungen vornehmen im Streichungsfalle und für schwere Waren mit geringem Wert den Verkaufswert bis zu 25 Proz. senken.

Frankreich betone, dass die Reparationsfrage nicht nur eine französisch-deutsche Angelegenheit sei. Auch andere Länder bekämen bei Streichung genau wie Frankreich ungerechte Lasten auferlegt. Das Reparationsproblem stelle sofort das der europäischen Wirtschaft zur Debatte, die im allgemeinen abbauen müsse. Frankreich habe seine Ideen, aber es wolle keinen Plan aufdrängen. Klar liege es nur, dass ohne Verzug ein Plan aufgestellt werden müsse. Es sei überzeugt, dass die Streichung der Reparationen nicht die wirksame und gerechte Lösung des in Lausanne gestellten Problems darstelle. Es sei ein Irrtum, dass die Streichung das Gleichgewicht wiederbringe. Für die Herbeiführung des Gleichgewichts müsse die Sicherheit hergestellt werden. Ohne Wirtschaftsfrieden kein politischer, aber ohne politischen Frieden kein wirtschaftlicher. Daher werde die Milderung des Systems der abgeschlossenen Volkswirtschaften, die Mäßigung der Einschränkungsmassnahmen viel sicherer das gesteckte Ziel erreichen, als summarische Massnahmen. Die notwendige Aktion überschreite um vieles das alleinige Problem Deutschland.

Als letzter Redner des Vormittages sprach der englische Finanzminister Neville Chamberlain, der Englands Entschlossenheit ausdrückte, die Grundlagen einer dauernden Regelung ohne unnötige Verhandlung zu legen. Dafür wolle England in Gemeinschaft mit allen anderen Parteien der Konferenz beitragen. Ohne Rücksicht auf die Lasten, unter denen jetzt schon Englands Volk seufzt, wolle die Regierung nicht zögern, ein weiteres Opfer zu bringen, um normale Bedingungen für die gesamte Welt wieder herbeiführen zu helfen.

SPD. Lausanne, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Rede des deutschen Reichskanzlers wird allgemein als eine sehr vorsichtige Formulierung aufgefasst, die keinerlei Anstoss bei irgendeiner Macht erregen sollte. Dass der Kanzler ausdrücklich die Rechtsgültigkeit der Haager Reparationskonferenz noch einmal anerkannt hat, wird hier als vollkommen überflüssig betrachtet.

Im allgemeinen ist man enttäuscht, dass er keinerlei Vorschlag eingebracht, noch eine Lösung anders vorgeschlagen habe, als sie bereits von Dr. Brüning längst erklärt worden war. Im Gegenteil, die Rede von Papens ist viel weniger energisch und deutlich gewesen, als die Reden des Reichskanzlers von Brüning wären.

SPD. Die sozialreaktionären Taten der Regierung Papen sind von der Nazi-
presse mit betretenem Schweigen beantwortet worden. Keine Zeitung und kein
Redner des Ober-Osaf hat es gewagt, die ungeheuerlichen Massnahmen des Kabi-
netts der Barone gegen die Massen der werktätigen Bevölkerung beim rechten
Namen zu nennen. Dass dieses Stillschweigen auf allerhöchste Anordnung er-
folgt, dafür liefert ein vertrauliches Rundschreiben des Reichspropagandalei-
ters der NSDAP Dr. Josef Goebbels den Beweis. Das Schreiben hat folgenden
Wortlaut: "Zur vertraulichen Kenntnissnahme an alle Parteistellen! Bei der
Propaganda für die bevorstehende Reichstagswahl, der die Bedeutung einer Ent-
scheidungsschlacht zukommt, ist oberstes Gebot aller Parteistellen, der Redner
wie der Presse, unter allen Umständen zu verhindern, dass den mit der Miss-
wirtschaft der letzten 13 Jahre aufs schwerste belasteten Parteien auch nur die
geringste Möglichkeit geboten wird, nach der Methode "Haltet den Dieb" die
Frage der Verantwortung zu verschieben.

In diesen Reichstagswahlen wird nicht abgeurteilt über die Tätigkeit des
Kabinetts von Papen, sondern über die Taten jener Regierungen und Parteien,
die verantwortlich sind für das Novemberverbrechen von 1918 und die von da ab
bis heute als System die Verantwortung für den grössten historischen Zusammen-
bruch der letzten Jahrhunderte zu tragen haben.

Wir fordern Abrechnung mit den Verantwortlichen für die 13 Jahre hinter
uns, keineswegs aber, wie die Propaganda der Gegner vortäuschen möchte, über
die notwendigen Uebergangswochen des Kabinetts von Papen.

Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistel-
len in diesem Wahlkampf zu unterbleiben, um jedem derartigen Versuch unserer
Gegner von vornherein die Spitze abzubreaken. gez. Dr. Goebbels, Reichspro-
pagandaleiter."

Die Regierung Papen beschert den Notleidenden des deutschen Volkes die
unerträglichsten Lasten. Josef Goebbels aber kommandiert kategorisch: Jede
Diskussion über das Kabinett Papen hat zu unterbleiben. So offenbart sich aber
mals mit aller Deutlichkeit der wahre Charakter dieser angeblichen Arbeiter-
partei!

SPD. Breslau, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Aufhebung des SA-Verbots hat in Breslau zum sofortigen Wiederaufle-
ben der nationalsozialistischen Exzesse in der Innenstadt geführt. Ausser
zahlreichen kleineren Trupps zog in den Vormittagstunden eine Kolonne von
etwa 300 frisch uniformierten SA-Leuten feldmarschmässig ausgerüstet, den
Sturmriemen heruntergezogen, unter Vorantritt einer Musikkapelle, in den
Strassen umher. Neben dem Trupp strömten Hunderte von weiteren SA-Leuten, die

die Passanten auf den Bürgersteigen regelrecht terrorisieren. Einem Verkehrsschutzmann, der den Nazitrupp in eine Seitengasse ablenken wollte, rief das Hakenkreuzgesindel zu: "Schlagt das Aas tot, wenn er die Strasse für die SA nicht freigibt." Schliesslich nahmen der Gauleiter der NSDAP für Schlesien und die Reichstagsabgeordneten Heines und Brückner vor dem Gebäude der Niederschlesischen Provinzialverwaltung den Vorbeimarsch ihres demonstrierenden Trupps ab. Obwohl es dabei zu erheblichen Verkehrsstörungen kam, schritt die Polizei nicht ein. Ebenfalls am Freitag vormittag wurde in der Schweidnitzer Strasse gerade unmittelbar vor dem Polizeipräsidium ein jüdischer Leichenzug von Nationalsozialisten angepöbelt. Die Hakenkreuzler riefen: "Da haut schon einer ab nach Palästina, die andern kommen bald nach."

SPD. München, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Unter dem frischen Eindruck der schweren Ausschreitungen im Bayerischen Landtag, die die uniformierten Naziabgeordneten in der Freitagsitzung planmässig begangen haben, hat sich die bayerische Regierung entschlossen, ihre abwartende Haltung in der Frage des allgemeinen Uniformverbotes sofort aufzugeben. Auf der Grundlage des Landespolizeirechts hat sie mit sofortiger Wirkung das Tragen von Parteiuniformen zunächst bis zum 30. September d.J. für das ganze Land Bayern verboten. Amtlich wird dazu folgendes mitgeteilt:

"Der Herr Reichspräsident ist bei der Aufhebung des bisherigen Uniformverbots von der Erwartung ausgegangen, dass der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde und dass Gewalttätigkeiten unterbleiben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Erwartung von vornherein nicht teilen. Sie wollte aber zunächst die Entwicklung abwarten und sich nur vorbehalten, zur Vermeidung von Ausschreitungen beschränkende Vorschriften über das Uniformtragen für bestimmte Anlässe ins Auge zu fassen. Die heutigen empörenden Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmässigen Einrichtungen und des Verfassungslebens in Bayern richten, zwingen aber die Staatsregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechts das Tragen von Parteiuniformen bis zum 30. September 1932 für das ganze Land Bayern zu verbieten. Von der friedliebenden Bevölkerung wird erwartet, dass sie die Bemühungen der Staatsregierung um die Sicherstellung des inneren Friedens mit allen Kräften unterstützt."

Die Sitzung des Bayerischen Landtags vom Freitag vormittag wurde von der 42 Mann starken Nazi-Fraktion, die in vollständig neuer SA-Uniform erschienen war, unter wüstem Lärm, Gebrüll und Geschimpfe gesprengt. Die Nazis leisteten den Anordnungen des Präsidenten keine Folge. Sie weigerten sich nach mehrfacher Unterbrechung der Sitzung den Saal zu verlassen. Um 10.30 Uhr kam Polizei in den Sitzungssaal und die sich wie in der Kaschemme gebärdenden Nationalsozialisten wurden durch Kriminalbeamte einzeln hinausgeführt. Nach den Zwischenfällen konnte die Landtagssitzung um 11.15 Uhr wieder eröffnet werden. Die gesamte Nazi-Fraktion bleibt für 20 Tage ausgeschlossen.

SPD. Die beabsichtigte Partei der Mitte scheint endgültig gescheitert zu sein. Der eingesetzte Aktionsausschuss für die Gründung der neuen Partei hat nichts mehr von sich hören lassen.

SPD. Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht unter der Ueberschrift: "Nichts für uns - alles für die deutsche Republik!" den folgenden Aufruf:

Kameraden! In allen Ortsvereinen sind die Schutzformationen sofort neu aufzustellen. Der Auflösungsbefehl vom 14. April d.J. wird hiermit widerrufen, die Organisationsbestimmungen treten wieder in Kraft. Bis Sonntag, den 25. Juni, muss überall im Reich der Stand vom 13. März 1932 wieder hergestellt und jede Formation zur Uebernahme neuer Aufgaben bereit sein. Die am 8. Mai angeordnete Mitgliedersperre ist aufgehoben. Die Mitgliederwertung für die Stammformationen ist mit Nachdruck sofort zu beginnen, alle Vorbereitungen für die Neuaufrstellung von Schutzformationen sind unverzüglich zu treffen.

Tausende und Abertausende junger Männer sind in den Organisationen der Eisernen Front. Wir rufen ihnen zu: Euer Platz ist jetzt in den Schutzformationen!

Kameraden! Es war nicht unser Wille, eine neue Mobilisierung der Schuf durchzuführen. Wir sind und bleiben Gegner jeder Art von Privatarmeen. Nicht, um selbst Staatsgewalt zu sein, haben wir uns zusammengeschlossen. Unser Ziel war und bleibt: die Autorität der Deutschen Republik nach aussen und nach innen zu stärken und zu festigen. Wir kennen aus der Erfahrung von mehr als zehn Jahren die Gefahren, die dem Staat und jedem einzelnen Bürger aus der Duldung privater Armeen drohen. Ausser dieser Erkenntnis haben wir, als der Herr Reichspräsident auf Anraten der Regierung Brüning-Groener-Dietrich die Auflösung der "nationalsozialistischen" Privatarmee anordnete, auf der Stelle unsere Schutzformationen aufgelöst. Wir lebten der Hoffnung, endlich uns ganz aufbauender Arbeit widmen zu können.

Auf Grund privater Parteiabmachungen hat die Regierung v. Papen - v. Gayl - v. Schleicher dem Herrn Reichspräsidenten den nach unserer Ueberzeugung verderblichen Rat gegeben, die Privatarmee eines Mannes wieder erstehen zu lassen, der schon einmal, im Jahre 1923, den Bürgerkrieg entfesselte. Missbrauch der Demokratie ist die Grundlage der sogen. nationalsozialistischen Bewegung. In Theorie und Praxis ist Gewaltanwendung gegen Staat und Bürgerschaft die Aufgabe, die ihrer Parteiarmee gestellt ist. Wir lassen uns im Gebrauch unserer Bürgerrechte durch organisierten Terror nicht beschränken! Wir nehmen alle Rechte in Anspruch, die irgendeiner anderen politischen Gruppe gegeben werden!

Die Nationalsozialistische Partei und ihre Armee, ausgerüstet und gehalten von privatkapitalistischen Interessentengruppen, zerspaltet die deutsche Nation, zerbricht echte nationale Willensbildung nach aussen und nach innen. Die volle Verantwortung für die aus der Existenz und der Betätigung einer Privatarmee notwendigerweise entspringenden Gefahren für das ganze deutsche Volk trifft die gegenwärtige Reichsregierung.

Hohn und Spott für die Hungernden und Darbenden in Deutschland ist es, wenn den Kriegsbeschädigten, den Witwen, Waisen und Invaliden die Bezüge gekürzt, die Erwerbslosenunterstützungen herabgesetzt, Löhne und Gehälter wieder und wieder abgebaut werden; wenn versichert wird, dass die Steuerkraft aller Schichten des Volkes erschöpft sei und dennoch eine Gruppe politischer Interessenten in der Lage ist, Millionensummen aufzubringen, um ihre Privatarmee mit neuen Paradeuniformen auszurüsten.

Gegen das Paradieren setzen wir den Willen, die furchtbare Wirtschaftskrise zu überwinden.

Gegen die Verschwendung von Geldern, die der Volkswirtschaft entzogen werden, setzen wir den Ruf nach Arbeit.

Gegen die Organisationen einer Terrorarmee setzen wir den Entschluss, die neu entstandene Bürgerkriegspsychose zu brechen.

Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk.

Gegen das Wortchristentum setzen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen.

Gegen die Herrschsucht von Interessentenklüngeln steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen!

Zusammenschliessen, Kameraden! Härter die Faust um den Fahnenstange! Hoch die Fahne Schwarz-Rot-Gold! Nichts für uns! Alles für die Deutsche Republik!

Magdeburg, den 18. Juni 1932.

Die Bundesleitung des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold

I.A.

Karl Höltermann.

SPD. Zürich, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

In Zürich folgte in der Nacht zum Freitag auf die Unruhen vom Mittwoch eine zweite kommunistische Demonstration, die aber ruhig verlief. Der Stadtrat hatte vollständiges Demonstrationsverbot erlassen. Eine sozialdemokratische Parteiversammlung billigte das Verhalten der Partei und der Parteivertreter in den Behörden und verurteilte die Taktik der Kommunisten. Es ist den Kommunisten offenbar ganz gleichgültig, dass sie durch ihre sinnlosen Provokationen nichts anderes erreichen als die faschistischen Stimmungen im Lande zu stärken.

SPD. Zürich, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf den schweizerischen Finanzminister, Bundesrat Musy, wurde am Donnerstag ein Anschlag versucht. Als Bundesrat Musy in Begleitung seines Sekretärs vom Bundeshaus zum Finanzdepartement ging, trat ein Mann auf die beiden zu und richtete einen Revolver auf Bundesrat Musy, wobei er ihm zurief, Musy sei der Mörder seiner Familie und hier habe er ein hartes Weizenkorn für ihn. Die beiden Bedrohten suchten aus der Schussrichtung zu kommen, doch schoss der Mann nicht, sondern steckte plötzlich den Revolver wieder ein und machte sich davon. Da er dem Bundesrat bekannt war, erstattete Bundesrat Musy Anzeige bei der Bundesanwaltschaft, die die Berner Staatspolizei mit der Verhaftung des Genannten beauftragte. Es handelte sich um den Getreidehändler und Agenten Coch, wohnhaft in Bern, der in der Einvernahme erklärte, er sei durch die Auswirkungen der Massnahmen der Bundesversammlung und des Bundesrates in bezug auf die Getreideverordnung brotlos geworden. Er habe verschiedene Gesuche an die Bundesversammlung und den Bundesrat gerichtet, ihm eine seinen Fähigkeiten entsprechende Stellung zu verschaffen, was jedoch nicht geschehen sei. Nach der letzten Absage habe er sich entschlossen, Bundesrat Musy zu erschiessen. Im letzten Augenblick habe ihn Bundesrat Musy jedoch gedauert, worauf er auf seine Absicht verzichtet habe. Der Revolver enthielt tatsächlich eine scharfe Patrone.

SPD. Danzig, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein unerhörtes Urteil wurde heute von dem Danziger Schwurgericht gefällt. Der SS-Führer Rudzinski aus Neuteich, der am 3. Mai den sozialdemokratischen Stadtverordneten Gruhn auf offener Strasse erschoss, wurde von der Anklage des Totschlages freigesprochen. Nachdem Gruhn von zwei SS-Leuten zu Boden geworfen worden war, hatte Rudzinski auf den unmittelbar vor ihm Liegenden vier

Schüsse abgegeben, die ihn sofort töteten. Gestützt auf das Gutachten von zwei Ärzten, nach deren Ansicht Gruhn sich unter dem Einfluss von Alkohol befinden haben soll, billigte das Gericht dem Angeklagten für den Augenblick der Tat den § 51 zu. Rudzinski war zwar, wie einige Zeugen aussagen ergaben, wenige Minuten vor der Tat so sehr im Besitz seiner normalen Verstandeskkräfte dass er mit zwei Leuten eine längere politische Unterhaltung führen und diese Leute zum Eintritt in die NSDAP auffordern konnte, auch war er unmittelbar nach der Tat durchaus fähig, die Mordwaffe zweckmässig an einem geeigneten Ort zu verstecken. In dem zeitlichen Zwischenraum zwischen diesen beiden sinnvollen und zweckmässigen Handlungen aber hat er sich nach Ansicht des Gerichts nicht im Besitze der vollen Geisteskräfte befunden. Rudzinski wurde nur wegen tatsächlicher Beleidigung der Frau des Ermordeten zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, die als durch die Untersuchungshaft verbüsst erachtet wurden. Sofort nach der Urteilsverkündung wurde Rudzinski aus der Haft entlassen. Die Mordwaffe wurde ihm belassen, dagegen wurde der Regenschirm, mit dem er die Frau des Ermordeten verletzt hatte, eingezogen. Die an der Mordtat beteiligten SS-Leute wurden freigesprochen, da sie sich in Notwehr befunden haben sollen. Dieser Urteilsspruch, der dem Rechtsempfinden der Bevölkerung ins Gesicht schlägt, hat hier grosse Erregung hervorgerufen.

SPD. Das preussische Justizministerium hat nach dem gestrigen Beschluss des Landtags alsbald angeordnet, dass die in den Strafsachen gegen Claus Heim und Genossen und gegen Hellmann und Genossen verurteilten und in Strafhaft befindlichen Personen sofort auf freien Fuss gesetzt werden. Ein Beschluss des Staatsrats ist seltsamerweise nicht erst abgewartet worden.

SPD. Hamburg, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein bemerkenswertes Eingeständnis ist am Donnerstag abend in der Sitzung der städtischen Kollegien zu Altona von dem Führer der nationalsozialistische Fraktion und Mitglied des bisherigen Reichstages Stamer über die Rolle der SA und über die Pläne, die die Nationalsozialisten mit dieser Bürgerkriegstruppe verfolgen, abgelegt worden. In der Besprechung eines kommunistischen Antrages die Zahlung der gesetzlich festgelegten gemeindlichen Zuschüsse zu den Polizeikosten zu streichen, erklärte Stamer, dass seine Fraktion diesem Antrage zustimmen werde. Auf den Zuruf des sozialdemokratischen Fraktionsführers Richte ob er diese Stellung auch einnehmen werde, wenn etwa ein Nationalsozialist preussischer Ministerpräsident werde, wollte sich Stamer zunächst ausschweigen platzte aber dann mit der Erklärung heraus: "Uns wird die SA genügen!". Da diese Erklärung in der herrschenden Unruhe ziemlich untergegangen war, nahm der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Gelegenheit, diese Erklärung des Naziführers, durch die die Absichten der nationalsozialistischen Partei deutlich offenbart werden, noch einmal ausdrücklich festzunageln. Auf die energische Aufforderung, sich klar und unzweideutig über die Stellung der NSDAP zur Polizei zu äussern, sah sich Stamer dann veranlasst, zu erklären, dass seine Fraktion gegen die gemeindlichen Zuschüsse zu den Polizeikosten sei, weil die Polizei ausschliesslich Aufgabe des Staates sei. Aufgefordert, seine Erklärung über die Stellung der SA zu wiederholen, rief Stamer unter lauten Hört-Hört-Rufen der Linken dann aus: "Jawohl, in einem nationalsozialistischen Preussen wird die Polizei aus der SA gebildet werden! Natürlich auf streng gesetzlichem Wege!". Damit hat der Nazifraktionsführer und Mitglied der Nazifraktion des aufgelösten Reichstages, der sicherlich über die internen Beratungen informiert ist, die Katze aus dem Sack gelassen.

SPD. Die Sozialdemokraten verweisen in einer Kleinen Anfrage im Preussischen Landtag darauf, dass in den Prozessen, die aus dem Streit zwischen Geh. Rat Caro und dem tschechischen Braunkohlen-Grossindustriellen Petschek entstanden seien, von den Anwälten des Geh.Rats Caro wiederholt behauptet worden sei, ein nationalsozialistischer Abgeordneter habe sich im preussischen Innenministerium nach den Staatsangehörigkeitsverhältnissen des Geh.Rats Caro erkundigt, um auf diese Weise Material für Petschek zu sammeln. Die Regierung wird gefragt, ob ihr von diesem Schritt eines nationalsozialistischen Abgeordneten etwas bekannt sei, ob es sich dabei um den Geschäftsführer der nationalsozialistischen Fraktion, Abg. Hinkler, handle und ob das Staatsministerium etwas über die Motive festgestellt habe, aus denen der nationalsozialistische Abgeordnete für den tschechischen Grosskapitalisten Petschek tätig geworden sei.

Wie wir hierzu erfahren, dürfte es zutreffen, dass Abg. Hinkler (Nat. Soz.) sich bereits im März d.J. beim preussischen Innenministerium nach der Staatsangehörigkeit von Geh. Rat Caro erkundigt hat. Vermutlich ist ihm mitgeteilt worden, dass für Geh. Rat Caro eine Einbürgerung deshalb nicht in Frage gekommen wäre, weil Caro durch Geburt und Abstammung Deutscher sei und seine Eltern und Ureltern schon Deutsche waren.

SPD. Hamburg, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Demonstrationsverbot in Hamburg wird zunächst aufrecht erhalten. Die Polizeibehörde macht in Übereinstimmung mit der Auffassung des Reichsministers des Innern darauf aufmerksam, dass durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 die Befugnis der Länder, Verbote von Umzügen und politischen Demonstrationen nach Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung aufrecht zu erhalten oder zu erlassen, nicht berührt werde. Es besteht demnach für Hamburg das von der Polizeibehörde am 13. Juli 1931 erlassene allgemeine Demonstrationsverbot unverändert weiter. Die Polizeibehörde hat, wie bei früheren politischen Wahlen, auch für die kommenden Reichstagswahlen in Aussicht genommen, in den letzten zwei Wochen vor den Reichstagswahlen Erleichterungen vorzunehmen und den Parteien Demonstrationen zu ermöglichen.

SPD. Paris, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Kriegsminister Paul Boncour hat bei einem Empfang der französischen Presse erklärt, dass er seit seiner Ernennung zum Minister gemäss den formalen Wünschen Herriots die Bedingungen geprüft habe, unter denen Ersparnisse in dem Heeresbudget gemacht werden könnten. Er habe festgestellt, dass es zwei Arten von Ersparnissen gebe: solche, die sofort durch Verwaltungsreform durchgeführt werden könnten, und solche, die sich aus einer Reorganisation des ganzen Heeres ergeben würden. Was die ersten betreffe, habe er alle Dienststellen aufgefordert, die Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken, ohne dass dadurch die Sicherheit des Landes gefährdet wird. Diese Ersparnisse könnten daher kein grosses Ausmass annehmen. Die Reorganisation des Heeres könnte dagegen nicht überstürzt vorgenommen werden. Sie verlange die Aufstellung eines Gesamtprogramms, das von den Ergebnissen der Abrüstungskonferenz abhängen und nur stapfenweise durchgeführt werden könne.

SPD: Der erste eigentliche Arbeitstag der Lausanner Konferenz hat mit aller Deutlichkeit die erheblichen und sogar grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten aufgezeigt, die noch überwunden werden müssen, wenn eine neue und wirklich endgültige Regelung des Gesamtproblems der Kriegsschulden und Reparationen gelingen soll.

Der zu Beginn etwas theatralisch verkündete Beschluss der europäischen Gläubigermächte, für die noch sehr unbestimmte Dauer der Konferenz einen weiteren Zahlungsaufschub Deutschland zu gewähren, ist angesichts des bevorstehenden Ablaufes des Hoover-Feierjahres nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit. Wie man daraus eine Sensation machen konnte, bleibt unverständlich. Die Regierung von Papen war zuerst bemüht, diese reine Formalität als einen "ersten Erfolg" hinzustellen, womit nur aufs neue dokumentiert wird, wie bescheiden plötzlich alle "nationalen" Kreise geworden sind, seitdem sie selbst die Verantwortung tragen. Auch die Antwort, die der Reichskanzler selber in der Konferenz auf diese Mitteilung MacDonalds gab, schien über die reine Höflichkeit hinaus dieser Angelegenheit eine symptomatische und prinzipielle Bedeutung beizumessen, die ihr leider keineswegs zukommt.

Das sollte sich sehr bald bei der eigentlichen Generaldebatte zeigen, in der nach dem Reichskanzler der französische Ministerpräsident das Wort ergriff. Herr von Papen hatte die These seiner Vorgänger vorgetragen, wonach man mit den verfehlten Reparationsexperimenten der Vergangenheit endlich Schluss machen müsse, die nicht nur die deutsche, sondern die Weltwirtschaft zerstört hätten. Dass der Reichskanzler die Gelegenheit benutzte, um den Regierungswechsel in Deutschland damit zu begründen, dass man angesichts der allgemeinen Radikalisierung "noch einmal den Versuch gemacht" habe, "die lebendigen, aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen", war ebenso überflüssig wie unberechtigt. Denn die ganze Welt weiss, dass diese Regierung höchstens auf die Unterstützung der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen sowie einiger Tausend Grossgrundbesitzer und Grossindustrieller rechnen darf und dass sonst das ganze übrige deutsche Volk diese neuen Männer mit leidenschaftlicher Erbitterung bekämpft. Diese Teile des Volkes, die sogar unzweifelhaft dessen grosse Mehrheit bilden, vor den Staatsmännern der Welt indirekt als nicht "lebendige, aufbauwillige Kräfte" hinzustellen, empfinden wir als eine schwere Entgleisung.

Aber wir wollen auf diese Herausforderung hier garnicht weiter eingehen, weil der sachliche Gegensatz, der sich in der Debatte herausgebildet hat, und viel wichtiger erscheint. Herriot hat nämlich sehr klar geantwortet, dass Frankreich einem völligen und endgültigen Erlass der Reparationsverpflichtungen nicht zustimmen werde. Er hat diese Ablehnung mit Argumenten begründet, die zum Teil von dem bekannten englischen Sachverständigen Sir Walter Layton stammen: würden Deutschland seine sämtlichen Reparationsschulden erlassen - bei gleichzeitiger Streichung der interalliierten Kriegsschulden - dann hätte künftig Deutschland nur noch eine innere Schuldenlast von 12 Milliarden Mark zu tragen, Frankreich aber würde eine Bürde von 51 Milliarden und England sogar von 105 Milliarden weiterzuschleppen haben. Ausserdem wies er daraufhin, dass die Belastung der Reichseisenbahnen unvergleichlich geringer wäre als die der französischen und der englischen Bahnen, sodass Deutschland viel weitergehende Tarifiermassnahmen vornehmen könnte. Aus dieser Begründung spricht offensichtlich die Sorge vor einer zukünftigen wirtschaftlichen Vorzugsstellung Deutschlands gegenüber den anderen Mächten.

Man sollte nicht den Fehler begehen, diese Argumente leicht zu nehmen, die übrigens seitdem sie Sir Walter Layton im vergangenen Herbst in die Debatte geworfen hat, die öffentliche Meinung in allen Gläubigerländern stark beschäftigen. Dennoch muss darauf geantwortet werden, dass diese Argumente und Zahlen, so durchschlagend sie auf den ersten Blick scheinen mögen, in

Wirklichkeit oberflächlicher Natur sind, weil sie von falschen wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgehen. Für den jetzigen und künftigen Wohlstand der Länder, für deren Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sind noch ganz andere Faktoren massgebend, die mindestens ebenso stark in Betracht gezogen werden müssen wie die innere Schuldenlast, die Lage der Eisenbahnen und dgl. Wir meinen damit vor allem das Volksvermögen. Mit Recht hatte der Reichskanzler in seiner Rede im voraus darauf hingewiesen, dass durch die Inflation das deutsche Volksvermögen grösstenteils zerstört worden sei und die Substanz stark angegriffen werden musste. Das ist jedenfalls nicht annähernd der Fall in Frankreich und erst recht nicht in England. Wir fügen hinzu, dass auch die beträchtliche industrielle Entwicklung in Deutschland in der Nachkriegszeit, auf die die Gegenseite ebenfalls mit Sorge für die Zukunft hinzuweisen pflegt, sich einstweilen als ein Fluch für das deutsche Volk erwiesen hat, und dass niemand weiss, ob wir nicht auch später an den Sünden dieser forcierten technischen Vervollkommnung zu tragen haben werden.

Jedenfalls zeigt die Rede Herriots, dass Frankreich einstweilen noch an der These des "Besserungsscheins" festhält, die auch im Basler Sachverständigenbericht auf Drängen seines Vertreters Professor Rist ihren Niederschlag gefunden hat.

Wie England zu den beiden Thesen Deutschlands und Frankreichs wirklich steht, ging aus den Ausführungen des Schatzkanzlers Neville Chamberlain nicht eindeutig hervor. Es schien zwar, als ob es eher bereit wäre, der deutschen Auffassung von einer endgültigen Streichung aller Kriegsschulden zuzustimmen; andererseits ist ja kürzlich nach der Pariser Begegnung zwischen Herriot und MacDonald verkündet worden, dass zwischen England und Frankreich eine grundsätzliche Einheitsfront hergestellt worden sei. Gilt das auch für die von Herriot in die Debatte geworfene Frage der politischen Sicherheit, die er als eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung der Welt bezeichnete?

All das sind entscheidende Fragen der Lausanner Konferenz, mit offenbaren Rückwirkungen auf die Genfer Abrüstungstagung. Die Generaldebatte hat sie nur aufgeworfen, aber in keiner Weise geklärt.

SPD. Paris, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Pariser Freitagabend-Presse nimmt zu der auf der Lausanner Konferenz verlesenen Erklärung über die vorläufige Einstellung der Reparationszahlungen sowie zu der Rede des Reichskanzlers mit Ausnahme eines Blattes noch keine Stellung. Die einzige Zeitung, die die Erklärung bereits in einem Artikel kommentiert, ist das schwerindustrielle "Journal des Débats", das sie, wie zu erwarten war, scharf kritisiert. Die Zeitung schreibt:

"Die aus Lausanne eintreffenden Nachrichten sind nicht befriedigend. Es war unvermeidlich, dass das Moratorium verlängert wurde. Das war wegen der allgemeinen Krise und der Schwäche der Regierungen das geringste Uebel. Aber es war nicht unvermeidlich, dass es unter Bedingungen verlängert wurde, die die zukünftige Regelung nicht erleichtern werden. Die Einstellung der Zahlungen hat einen allgemeinen Charakter und kein Datum ist für die Wiederaufnahme festgesetzt. Es wird verkündet, dass die Einstellung während der ganzen Dauer der Konferenz gültig ist, aber niemand weiss, was das bedeuten soll. Das Schwerwiegendste ist, dass die Zahlungseinstellung keiner Bedingung unterworfen ist. Das Hoover-Moratorium hat Deutschland daran gewöhnt, nicht zu bezahlen. Die Lausanner Zahlungseinstellung erlaubt ihm, in diesem komfortablen Gebrauch fortzufahren. Aber im vorigen Jahre war noch das Prinzip der ungeschützten Zahlungen aufrechterhalten. Diesmal ist nichts mehr davon zu bemerken. Herriot scheint auf den sogenannten Netto-Saldo kaltblütig verzichtet zu haben."

Der Lausanner Berichterstatter des "Journal des Débats" bemerkt zu der Rede von Papen, dass sie massvoll erschienen sei, denn der Reichskanzler habe keine scharfe Erklärung riskiert. Er habe französisch gesprochen und diese Aufmerksamkeit sei gewürdigt worden. Die Erklärung Herriots, so heisst es in dem Bericht weiter, sei im allgemeinen mit Befriedigung aufgenommen worden und selbst von Papen habe den Anschein erweckt, für die Schlussätze empfänglich zu sein, die darlegten, dass Frankreich bereit sei, sich mit Deutschland zu verständigen, an dessen Elend es lebhaften Anteil nehme.

SPD. Paris, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

In Paris ist am Freitag nachmittag in Gegenwart des Präsidenten der Republik und der Mitglieder des Diplomatischen Korps ein Denkmal zur Erinnerung an den französischen Komponisten Debussy enthüllt worden, der vor 14 Jahren gestorben ist. Die Festrede hielt der Unterstaatssekretär für schöne Künste Mistler. Am Freitag abend fand in einem Pariser Theater ein Gala-Konzert statt bei dem nur Werke von Debussy, dirigiert von den bekanntesten französischen Kapellmeistern und von Toscanini, der eigens zu diesem Zweck nach Paris gekommen war, zu Gehör gebracht wurden.

SPD. Lausanne, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Nach eintägiger Dauer wurde die Generaldebatte der Lausanner Konferenz heute gegen Abend abgeschlossen. Sie hat ausser der betonten Bereitwilligkeit aller Staaten zur Mitarbeit an einer Lösung der Reparations- und Wirtschaftsfragen keinerlei begründete Aussicht auf eine Verständigungsgrundlage eröffnet. Wieder einmal musste man das alte Schauspiel erleben, dass vorsichtig stilisierte Erklärungen allgemeinen Charakters jeweils den hergebrachten Standpunkt jedes Landes festhalten. Weit entfernt von jenem "eisernen Nein", das die deutschen Nationalisten verlangten, hat Herr von Papen seine Anregung auf endgültige Liquidierung der Reparationen und politischen Schulden nur mit dem Hinweis auf die erfolgte Zahlungseinstellung anderer Länder verstärkt. Herriot hielt grundsätzlich an der französischen Auffassung fest, dass die völlige Befreiung Deutschlands von Reparationen eine ungerechte Ungleichheit in der Schuldenverteilung schaffe und Deutschland zu einem vernichtenden Konkurrenten für seine Nachbarländer machen müsse. Auch Chamberlain beschränkte sich auf die Erklärung der Bereitschaft zu neuen Opfern. Einen gewissen Ausgleich der englisch-französischen Auffassungen brachten die Reden allerdings. Herriot gab die französische Absicht einer europäischen Lösung auf zugunsten einer Weltlösung der Wirtschaftsfragen, wie sie England verlangt und Chamberlain unterstrich nochmals MacDonalds Feststellung, dass die Reparationslösung mit einem politischen Waffenstillstand verbunden werden müsse, was bisher stets von Frankreich allein gefordert worden war. Die übrigen Redner sprachen lediglich die von ihren Regierungen bisher stets vertretenen Auffassungen aus, Mosconi-Italien im Sinne einer für alle vorteilhaften Lösung auf der Basis der Gleichheit und gegenseitigen Zusammenarbeit, Yoshida-Japan summarisch für Mitarbeit an Erleichterungen, ebenso Politis-Griechenland und Portugals Finanzminister. Der belgische Ministerpräsident Renkon hielt an den Sonderrechten seines Landes fest, das durch völlige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden zu sehr belastet würde. Darüber hinaus wolle Belgien aber ebenfalls an einer Lösung mitarbeiten.

Dass diese Erklärung nicht weiter führen konnte, zeigt sich auch aus dem einzigen Beschluss, der nach Erschöpfung der Rednerliste gefasst wurde. Man vertagte nämlich die ganze Konferenz auf Dienstag nächster Woche, um inzwi-

schen den Finanzministern Zeit zu Besprechungen über praktische Vorschläge zu lassen. Am Montag treffen sich die sechs einladenden Mächte wieder, um zu beraten, wie man weiterkommen könne. Vorläufig ist also die Lausanner Konferenz trotz aller Vorbesprechungen genau so festgefahren auf die Sonderinteressen der Teilnehmerländer wie bisher alle anderen Konferenzen auch.

Dabei kam heute nachmittag eine grosse Zahl französischer Kammerabgeordneter an, meistens von Herriots Mehrheit, die lebhaft Vorstellungen beim französischen Ministerpräsidenten erhoben wegen seiner schwachen Haltung, die ihn innerpolitisch ausserordentlich schwächen müsse. Diese Intervention dürfte nicht gerade zur Belebung der Verständigung beitragen. Wie man hört, will Herriot am Sonntag nach Paris fahren. Sir Sohn Simon und Grandi fahren die beiden freien Tage über nach Genf zu Abrüstungsbesprechungen mit der amerikanischen Delegation.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Eine französische Telegraphenagentur verbreitet ein angebliches Interview, das der Reichswehrminister v. Schleicher einem französischen Journalisten gegeben haben soll. Tatsächlich hat der Reichswehrminister bisher keinen französischen Journalisten empfangen. Es kann sich nur um eine wenige Minuten dauernde Unterredung mit einem deutschen Journalisten handeln. Ihr Inhalt war folgender:

Auf die Frage des Berichterstatters, auf welche Weise das neue Kabinett regieren werde, antwortete der Minister: Man denke nicht an eine Diktatur. Die Staatsgewalt könne ihre Aufgaben nicht erfüllen, wenn sie, lediglich gestützt auf die bewaffnete Macht und die Bürokratie, auf die Dauer gegen grosse Volksbewegungen regieren wollte. Gerade diese Erwägung sei es, die zur Bildung der neuen Regierung geführt habe. Als ihn daraufhin der Berichterstatter fragte, welche Haltung die Regierung nach den Reichstagswahlen gegenüber dem Reichstag einnehmen werde, antwortete der Minister: Man beabsichtige durchaus nicht, den Reichstag auszuschalten. Die Voraussetzung aber dafür, dass der Parlamentarismus funktioniere, sei, dass der Reichstag auch wirklich fähig sei, die ihm verfassungsmässig obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Hiermit schloss die Unterredung ab. Die Frage der Monarchie, sowie aussenpolitische Fragen sind nicht berührt worden.

SPD. New York, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Nach der Erklärung der fünf Mächte in Lausanne, dass während der Dauer der Konferenz Reparationszahlungen und Schuldenzahlungen nicht erfolgen sollen, hat Präsident Hoover den Führern der Mächte in Lausanne mitgeteilt, die Regierung der Vereinigten Staaten sei gewillt, Verhandlungen mit den europäischen Schuldnermächten über Zahlungserleichterungen aufzunehmen, falls die europäischen Länder untereinander eine annehmbare Reparationsregelung vereinbaren sollten.

SPD. Zürich, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit den Unruhen vom Mittwoch ist das Züricher kommunistische Blatt "Kämpfer" heute konfisziert und die Druckerei vorläufig geschlossen worden. Eine für Freitag in Basel einberufene kommunistische Sympathie-kundgebung für die Züricher Kommunisten ist verboten worden.

SPD.München, 17.Juni (Eig.Drahtb.)

Durch die Terrorversuche und den unerhörten Skandal im bayerischen Landtag, den die Hitlerabgeordneten gleich am ersten Tag der politischen Notverordnung der Papenregierung planmässig herbeiführten, erbrachten sie selbst den Beweis, dass die Voraussetzungen, unter denen der Reichspräsident das Verbot des Uniformtragens aufgehoben hat für die bayerischen Verhältnisse nicht zutreffen. Das gab der bayerischen Regierung den äusseren Anlass, mit sofortiger Wirkung für das ganze Land das generelle Uniformverbot wieder in Kraft zu setzen, das seit 10.Juli vorigen Jahres bestand. Die rechtspolitische Basis dieses Verbotes wird dadurch geschaffen, dass die am Freitag erlassene bayerische Verordnung, auf die sich die polizeiliche Vorschrift des Uniformverbots stützt, als ordentliche Gesetzesvorlage im Landtag eingebracht wird. Eine Mehrheit für die Annahme dieses Gesetzentwurfes ist unbedingt gesichert. Der Landtag hat eine Mehrheit aus Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokraten. Er ist als Ergänzung des bayerischen Polizeistrafgesetzbuches gedacht und hat folgenden Wortlaut: "Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder für die Sicherheit der Personen und des Eigentums können die staatlichen Polizeibehörden (Staatsministerium des Innern, Regierungen, Kammern des Innern, Polizeidirektionen, Strafpolizeiamter, Stadtkommissare und Bezirksämter) Anordnungen mit vorübergehender Geltung unter Androhung von Haftstrafen bis zu 6 Wochen oder von Geldstrafen bis zu 150 Mark durch ober- und bezirkspolizeiliche Vorschriften erlassen. Diese Vorschriften verlieren nach Ablauf von drei Monaten ihre Geltung, sofern sie nicht vom Staatsministerium des Innern erlassen oder mit dessen Zustimmung verlängert worden sind."

SPD.Wien, 17.Juni (Eig.Drahtb.)

Unter ungeheurer Anteilnahme des Wiener Publikums wurde um 1/2 9 Uhr abends das Urteil gegen Sylvester Matuschka verkündet. Der grosse Schwurgerichtssaal des Landesgerichtsgebäudes war zum Bersten voll. Aber auch draussen auf der Strasse hatten sich unabsehbare Menschenmengen eingefunden, die auf die Verkündung des Urteils warteten.

Unter atemloser Spannung verkündete der Vorsitzende den Wahrspruch des Schöffensenats. Matuschka ist schuldig, die beiden Attentate bei Anzbach in Oesterreich begangen zu haben und dabei mit besonderer Bosheit und mit besonders schweren Umständen durch die grosse Gefahr, die er herbeiführte, vorgegangen zu sein. Er wird im Sinne der Anklage zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilt. An den Tagen der Anschläge bei Anzbach wird alljährlich ein Fasttag in die Haft eingeschaltet. Matuschka nahm das Urteil gelassen auf. Seine Anwälte legten dagegen Berufung ein.

SPD.Zürich, 17.Juni (Eig.Drahtb.)

Zu dem schweizerisch-italienischen Grenzzwischenfall in Bergell wird auf Grund der von den schweizerischen Grenzorganisationen durchgeführten Erhebungen festgestellt, dass es sich um eine schwere Grenzverletzung der Italiener handelt. Die italienischen Grenzwächter haben den Schmuggler Folladori erschossen, als er sich auf schweizerischem Boden befand. Wird dieser Sachverhalt durch die strafrechtliche Untersuchung bestätigt, dann werden zweifellos diplomatische Schritte bei der italienischen Regierung erfolgen.

SPD. Lausanne, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Wie das Büro der Konferenz mitteilt, werden im Juli durch das heutige Abkommen der Reparations- und politischen Schulden-Aussetzung folgende Zahlungen hinfällig: Für Deutschland aus Reparationen, Young- und Dawesplan 132 Millionen Reichsmark, die am 15. Juli an die BIZ zu zahlen gewesen wären, für die Tschechoslowakei (Zinsendienst für die Befreiungsanleihe) 5 Millionen Reichsmark, für Frankreich aus Kriegsschulden und Haager Abkommen 31,475 Millionen Reichsmark zahlbar an England, für Belgien aus dem Haager Abkommen 1,575 Millionen Reichsmark, zahlbar an England, für Italien aus Kriegsschulden und Haager Abkommen 9,648 Millionen Reichsmark zahlbar an England.

SPD. Zürich, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Die eidgenössische Regierung hat die deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Morstadt und Waldemar Schulz, die beide der Hitler-Partei angehören, wegen unerlaubten Nachrichtendienstes aus der Schweiz ausgewiesen. Andere Nazis sind verwarnet worden. Der Bundesrat beschloss ein Verbot des Tragens von Braunhemde in Sichtbarmachen von anderen Abzeichen der Nationalsozialistischen Partei. In Sichtbarmachen von anderen Abzeichen der Nationalsozialistischen Partei wird Zurückhaltung empfohlen. Ein Architekt Fischer in Zürich, ein Schweizer, hat bei der eidgenössischen Justizabteilung die Gründung einer nationalsozialistischen Partei in der Schweiz angemeldet.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Wundermedizinmann von Berlin W.

Ein Konjunkturarzt, der Optimismus suggeriert. - Pleiten, an die man nicht mehr zu denken braucht. - Buddhistische Lamas als Rettungsanker von Berlin W. - "Wirtschaftsführer" werden seelisch aufgebügelt.

SPD. Die Verwirrung und Ratlosigkeit, die sich zahlloser Menschen bemächtigt hat und aus der sich der propagandistische Erfolg der Nazigaukler erklärt, treibt immer wunderlichere Blüten. Die Propheten und Hellseher, die Astrologen und Wundermänner haben ganz grosse Konjunktur. Zu ihnen strömen die wankenden Stützen der gestrigen Gesellschaft, am Altar okkultistischer Götzen opfern sie den letzten Rest gesunden Menschenverstandes, auf den sie sich einst so viel einbildeten. Eine Audienz bei Hanussen wird mit Summen bis zu tausend Mark honoriert, bei Frau Seidler, der Sklarek=Pythia, ist Hochbetrieb, kurz, die "Weisskäse"-Experten jeder Art können sich vor dem Ansturm ihrer Gläubigen nicht retten.

Aber der "letzte Schrei" ist nicht der Hellseher und die Kartenlegerin, sondern der "Psychotherapeut". Es ist ein Herr X., der in Berlin W. praktiziert. Ein "zauberkünstler des Optimismus, ein Seelentröster für Alle, denen die Todeszuckungen der kapitalistischen Welt den Glauben an eine höhere Gerechtigkeit zu nehmen drohen.

Der weinende Börsianer.

"Mein Spezialgebiet ist die Heilung der Psychasthenie," erzählt Herr X. "Das ist die Gemütskrankheit unserer Zeit, hervorgerufen durch Krieg, Inflation und Krise. Man erkennt sie an nervöser Unruhe, Schlaflosigkeit, Mangel an Konzentration, Energielosigkeit, Depressionen, Zwangsideen - gesteigert bis zur absoluten Lebensunlust und Selbstmordabsicht. Es sind diejenigen Menschen, die die Flinte ins Korn werfen wollen. Es gilt also, Kampfnaturen aus ihnen zu machen und ihnen diejenigen Fähigkeiten zu geben, die man heutzutage im Existenzkampf braucht. Da kommt zum Beispiel einer der bekanntesten Berliner Börsianer und erzählt, dass er ständig in der Angst vor der Pleite lebe und morgens in seinem Büro oft zu weinen anfange. Solchen Leuten suggeriere ich die Schlaflosigkeit weg und versuche, ihnen neuen Lebensmut, gute Laune und Energie einzuflössen. - Und mancher geht schon nach der ersten Behandlung vergnügt pfeifend aus dem Haus!"

"Und wie machen Sie das?"

Der Psycho-therapeut führt uns in sein Behandlungszimmer. Einer der wartenden Patienten wird hereingerufen, und die Kur beginnt.

Eins, zwei, drei - Du bist nicht pleite!

Arzt und Patient stehen sich gegenüber. "Sie schliessen die Augen", sagt Herr X. in leisem, eintönigem Tonfall. "Sie können die Augen nicht mehr öffnen. Jetzt legen Sie sich auf das Sofa." Der Patient gehorcht, er macht den Eindruck eines Schlafwandlers. "Sie befinden sich in einem wohltuenden Entspannungszustand, Ihr Herz arbeitet vollkommen ruhig. Sie werden immer müder, aber Sie bleiben an der Grenze zwischen Schlaf und Wachen; jedes Wort dringt tief in Ihr Unterbewusstsein..." Nach dieser Einleitung, die den Patienten sichtlich in einen leicht hypnotischen Zustand versetzt hat, beginnt die eigentliche Behandlung. Eine Viertelstunde lang redet der Arzt in folgender Weise auf den ruhig liegenden Patienten ein: "Sie werden heute Abend einen herrlichen Schlaf haben. Wenn Sie morgen früh aufwachen, haben Sie alles Schwere, das Sie

erlebt haben, vergessen. Sie werden das Gefühl haben, mehr leisten und besser arbeiten zu können als andere. Sie erinnern sich nicht mehr an das geschäftliche Missgeschick, das hinter Ihnen liegt...-

Nachdem diese lieblichen Worte, in eintönig-suggestivem Tonfall gesprochen verklungen sind, ist man schon am Ende: "Wenn ich bis drei zähle, werden Sie auf! -: eins, zwei, drei!" - Der Patient erhebt sich, als sei die natürlichste Sache der Welt geschehen und geht nach Hause.

Optimismus nach Honorar und Bedarf.

Ungefähr zwanzig derartiger Behandlungen, so wird uns erzählt, seien notwendig, bis der Patient als "geheilt" entlassen werden könne. Aber auch schon während dieser Kurzeit bessere sich, so glaubt Herr X. berichten zu können, der Zustand des Leidenden ganz erheblich.

"Ist die Art der Behandlung mit Hypnose nicht gefährlich?" - "Bei den zahllosen Hypnosen, die ich in letzter Zeit durchgeführt habe, ist kein einziger Fall einer seelischen Störung vorgekommen. Während ich hier die Patienten einzeln vornehme, mache ich in Erholungsheimen grösstenteils Gruppenthypnosen; meist im Freien. Die Betten oder Stühle der Patienten werden in den Garten gestellt, und ich suggeriere ihnen dann summarisch Wohlbefinden, Optimismus und Energie ein." Die Sache funktioniert also anscheinend auch im engros-Verschleiss.

"Ist das eine neue Art der Psychotherapie?" - "Ich kenne sie schon von Russland her, wo ich vor dem Krieg auf diesem Gebiet gearbeitet habe. Dann war ich in der Mongolei und habe mir von den buddhistischen Lamas die Geheimnisse suggestiver und hypnotischer Behandlung gründlich beibringen lassen."

Der Rettungsanker des "Wirtschaftsführers!"

Der eifrige Magier von Berlin W. kann nicht über schlechte Praxis klagen, wie so viele Tausende seiner ärztlichen Kollegen, die sich nicht so geschickt auf die Erfordernisse dieser aus den Fugen gegangenen Zeit einzustellen wussten. Herrn X.'s Kundschaft setzt sich grösstenteils aus Mitgliedern der sogenannten "besten Gesellschaft" zusammen und wenn man ihm glauben darf, so sind unter seinen Patienten auch einige recht bekannte "Wirtschaftsführer" zu finden. Mag sein, dass er manchen von ihnen davon abhalten kann, sich angesichts der drohenden Pleite umzubringen -, mehr Talent zum "Wirtschaftsführen" wird er diesen Hoffnungslosen bestimmt nicht suggerieren können!

+ + +

Das losgelassene Hitlergesindel. Die von der Regierung der Barone losgelassene Rowdietruppe Hitlers beginnt bereits ihr Unwesen zu treiben. Ein grösserer Trupp von Hakenkreuzbanditen überfiel am Freitag früh in Berlin-Charlottenburg an der Ecke Wilmersdorfer- und Kantstrasse Passanten, die sich weigerten, auf den Faschistengruss zu antworten. Die Passanten wurden von der vielfachen Uebermacht misshandelt und niedergeschlagen. Als Polizei eingriff, flüchteten die feigen Gesellen, drei Nazischläger konnten festgenommen werden.

+ + +

Hingerichtet. Auf dem Hof des Gerichtsgefängnisses in Tübingen wurde am Freitag früh ein wegen vierfachen Mordes an Schwiegereltern, Frau und Kind zum Tode verurteilter Mann namens Eugen Beyle hingerichtet.

+ + +

Die Opfer der Baronsregierung demonstrieren. Vor dem Reichsarbeitsministerium in der Scharnhorststrasse in Berlin kam es am Freitag mittag zu Ansammlungen von Kriegsbeschädigten, die eine Deputation zur Besprechung der durch die Notverordnung der Papen-Regierung geschaffenen entsetzlichen Lage der Kriegsoffer in das Arbeitsministerium entsenden wollten. Es hatten sich etwa 50 Mann versammelt, die versuchten, in das Arbeitsministerium einzudringen. Mehrere Polizeibeamte, die sehr zurückhaltend vorgingen, brachten die Menge, mehr durch gütliches Zureden als durch Gewaltanwendung, auseinander. Etwa um

dieselbe Zeit demonstrierten 100 alte Rentner vor dem Pankower Rathaus gegen die unerträgliche Kürzung ihrer Bezüge durch die Notverordnung der Hitlerbarrone. Als Polizei eintraf, ging die Menge auf die Aufforderung, sich zu zerstreuen, grösstenteils ruhig auseinander. Zwei Demonstranten, die sich widersetzten, mussten sistiert werden.

Gefängnis im Sterilisationsprozess. In dem Prozess gegen mehrere Kehler-Ärzte, die wegen Sterilisation in zahlreichen Fällen unter Anklage standen, erhielt der Hauptangeklagte wegen Abtreibung, bzw. versuchter Abtreibung und gefährlicher Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen von 6 Monaten bis 6 Wochen Gefängnis. Das Urteil steht im auffallenden Gegensatz zu den ungewöhnlich hohen Anträgen der Staatsanwaltschaft, die schwere Zuchthausstrafen verlangt hatte.

Berliner Selbstmordziffer steigt... Die Berliner Selbstmordziffer ist im Mai 1931 gegen den Mai des Vorjahres nicht unerheblich gestiegen. Während im Mai 1931 164 Personen freiwillig aus dem Leben geschieden sind, haben im Mai 1932 178 Menschen durch Freitod geendet.

Falschgeldzentrale ausgehoben. In Amsterdam wurde eine Falschgeldzentrale ausgehoben, die zwei Deutsche gemeinsam mit einem Holländer betrieben. Es wurde ein grosser Vorrat bereits fertiggestellter Banknoten sichergestellt. Druckplatten für Pfund-Sterling-Noten, die mit allem technischen Raffinement angefertigt waren, konnten beschlagnahmt werden. Die Falschmünzer wurden von der Polizei überrascht, sodass sie keine Gelegenheit mehr fanden, irgendwelche Beweisstücke zu beseitigen. Die Fälschungen sind ungemein geschickt ausgeführt.

Nierensteine im Mitgiftprozess. Im Mitgiftprozess Caro - Petschek gehen die ständigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien immer mehr ins Uferlose. Beim Verlesen einiger Aktenstücke teilt der Vorsitzende mit, dass am 30. Juni 1929 Dr. Ernst Petschek gegen Geheimrat Caro Anzeige wegen Betrugs, schwerer Urkundenfälschung, Urkundenvernichtung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung erstattet habe. Ausführlich wird dann die Frage erörtert, weshalb sich Caro seinerzeit durch Attest für die Dauer von zwei Monaten als terminunfähig erklären liess. Caro bemerkt hierzu, dass er gefährdet habe, zum Offenbarungseid geladen zu werden. Er wollte aber, so erklärte er, ungestört nach Gastein reisen. Der Vorsitzende stellt dann fest, dass Caro, als der Gerichtsvollzieher in seine Villa kam, zu ihm gesagt hat: "Ich kann Sie nicht in meine Wohnung hereinlassen, sie gehört den Bayerischen Stickstoffwerken". Als der Gerichtsvollzieher meinte: "Aber Sie wohnen doch hier", erklärte Caro: "Nein, ich wohne nicht hier, ich bin nur hier!" Caro bemerkt hierzu, dass er natürlich alles getan habe, um nach dem ersten Ueberfall auf seine Wohnung "weitere Einbrüche" zu verhindern. Aus diesem Grunde habe er seine Wohnung an die Stickstoffwerke vermietet. Zu einem scharfen Zusammenstoss zwischen Geheimrat Caro und dem Verteidiger Justizrat Drucker kommt es, als der Rechtsanwalt daran Kritik übt, dass Caro trotz seiner Terminunfähigkeit mit einem faustgrossen Nierenstein verweist sei. Geheimrat Caro ruft sehr erregt: "Den Nierenstein können Sie jederzeit von mir haben!" Justizrat Drucker antwortet: "Ich lehne es auch auf diesem Gebiet ab, mit Ihnen Geschäfte zu machen".

Neunjähriger Brandstifter. In der Ortschaft Hackenow im Kreise Lebus waren in letzter Zeit eine Reihe rätselhafter Brandstiftungen vorgekommen. Die Nachforschungen der Polizei haben zu dem überraschenden Ergebnis geführt, dass ein neunjähriger Junge aus Gefallen am Feuer heimlich Bauerngehöfte aufgesucht und angesteckt hat. Das Kind hat, ins Verhör genommen, alles freimütig gestanden.

Matuschkas Frau sagt aus.

Dramatische Szenen im Wiener Eisenbahnattentäter-Prozess - Theatralische Liebeserklärungen und phantastische "Erfindungen" - Die Gutachter erklären: alles Simulation!

SPD. Wien, den 17. Juni (Fig. Drahtb.)

Im Wiener Prozess gegen den Eisenbahnattentäter Sylvester Matuschka wurde am Freitag seine Frau als Zeugin vernommen. Die Vernehmung Frau Matuschkas war reich an dramatischen Momenten. Während die Zeugin über Matuschkas Vergangenheit berichtet und dem Gerichtshof immer wieder versichert, sie habe an Matuschka niemals ein Zeichen von Abnormität und Irrsinn bemerkt, springt Matuschka plötzlich auf und ergötzt sich in einer langatmigen theatralischen Liebeserklärung an seine Frau. Schliesslich bricht er in lautes Schluchzen und Weinen aus und versichert immer wieder mit schreiender Stimme, dass seine Frau die einzige Frau sei, die er je geliebt habe.

+

Nach diesem Zwischenfall berichtet Frau Matuschka von den Erfindungen ihres Mannes. Einmal erklärte er ihr, dass er einen Apparat erfunden habe, mit dem alle Bahnen der Welt elektrifiziert würden. Er, Matuschka, werde ein berühmter Mann werden und damit viele Milliarden verdienen. Nach ihrer Vernehmung ist die Zeugin am Ende ihrer Kräfte. Sie geht an der Anklagebank vorbei, streift ihren Mann noch einmal und bricht dann am Ausgang des Saales ohnmächtig zusammen.

+

Später folgen die Gutachten der psychiatrischen Sachverständigen. Professor Bischof und Professor Hövel sagen übereinstimmend aus, dass sie nach langer und gründlicher Untersuchung festgestellt hätten, dass Matuschka keineswegs sinnesverwirrt sei und dass die ganze Narrheit, die er seit seiner Verhaftung zur Schau träge, nichts anderes als ganz gewöhnliche Simulation sei. Nach diesen Gutachten kommt es zu einem Zusammenstoss zwischen den Verteidigern Matuschkas und den Sachverständigen. Die Verteidiger wollen nämlich die psychiatrischen Gutachten entkräften und verlangen die Erstattung eines Gutachtens der Universität. Der Gerichtshof lehnt jedoch die Einholung dieses Gutachtens ab. Hierauf beginnen die Plädoyers. Der Staatsanwalt weist darauf hin, dass die Bestrafung Matuschkas in Oesterreich nur ein Vorspiel zu dem eigentlichen Prozess sei, da die grässlichen Attentate in Deutschland und Ungarn hier nicht ihre Sühne finden könnten. Auch er erklärt, dass seiner festen Überzeugung nach Matuschka ein Simulant und kein Irrsinniger sei. Bisher sei es allerdings nicht gelungen, ein klares Motiv für seine scheusslichen Taten zu finden. Die Aussage seiner eigenen Frau weise jedoch darauf hin, dass dieses Motiv Eigennützigkeit gewesen sei. Matuschka wollte die Aufmerksamkeit der Bahnverwaltungen auf sich lenken, weil er mit seiner Erfindung, wie wir von der Zeugin hörten, "viele Milliarden zu verdienen hoffte".

+

Nach dem Staatsanwalt spricht Dr. Ettlinger, der Verteidiger Matuschkas. Er versucht nachzuweisen, dass trotz des psychiatrischen Gutachtens Matuschka als Irrsinniger angesehen werden müsse. Ein vernunftmässige Begründung für seine scheusslichen Taten sei nicht zu finden.



Mobilmachung der Arbeitsopfer.

SPD. Der Verbandstag der Arbeitsinvaliden in Breslau hat seine Arbeit abgeschlossen. Der Ausklang der Tagung besteht in einem scharfen Kampfruf des Zentralverbandes, in einem Appell an alle Arbeitsinvaliden, sich im Kampf um ihr Lebensrecht um den Zentralverband zu scharen und für die Abrechnung bei den Reichstagswahlen zu rüsten. Der Aufruf des Verbandes, der sich vor allen Dingen an die gesamte deutsche Sozialrentnerschaft wendet, lautet folgendermaßen:

„Die Adelsregierung des Herrn v. Papen hat dem Reichspräsidenten eine Notverordnung abgenötigt, die bitterstes Unheil den Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen bringt. Die Renten aus der Invalidenversicherung werden um 20 bis 30 Prozent gekürzt; in gleicher Höhe wird den Angestellten und Knappschaftsrentnern das Einkommen geschmälert. Die Unfallverletzten müssen 7 1/2 bis 15 Prozent der Rente einbüßen. Der bisher selbstverständliche Rechtsmittelweg ist den Opfern dieser Notverordnung gesperrt. Durch gleichzeitige Aufhebung des Verbots nationalsozialistischer Verbände sollen die hungernden Arbeitsinvaliden in Schach gehalten werden. Die Tat der neuen Regierung, die von der Reaktion, insbesondere von den Nationalsozialisten gestützt wird, fordert unseren schärfsten Widerspruch heraus.

Herr von Papen und seine Minister-Barone haben sich mit der Notverordnung demaskiert als eine Regierung der Feinde der Invaliden. Die Notverordnung steht im Widerspruch zu allem christlichen und nationalen Empfinden. Der Verbandstag ruft alle Sozialrentner und Unterstützungsempfänger zum Kampf gegen die Regierung der reaktionären Konzentration auf. Der 31. Juli muss ein Tag des Volksgerichts werden gegen die Parteien, die hinter dieser Regierung stehen. Da gleichzeitig die Opfer des Krieges und die Arbeitslosen durch die Notverordnung schwer bedrückt werden, ist unser Kampf ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse.

Einig im Kampfe um unser Lebensrecht fordern wir alle Arbeitsinvaliden, Witwen und Unterstützungsempfänger auf, unserer Organisation - dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden - beizutreten, damit das Recht siegt, damit die Reaktion zu Boden geworfen wird.“

Die Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen hat auf dem Verbandstag ungeheure Empörung hervorgerufen. Das Unrecht dieser Notverordnung wurde von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinig-Berlin, einem wirtschafts- und finanzpolitischen Fachmann, in einem klaren und wirkungsvollen Vortrag beleuchtet.

Die stärkste Leistung der neuen Regierung, so führte Heinig aus, bestand bislang in Aufrufen. Jetzt kommt die Regierung auch zu Taten. Zu sehr reaktionären Taten. Das Kampfwort der Regierung gegen den deutschen „Wohlfahrtsstaat“ ist eine Beleidigung der Hilfsbedürftigen. Die Arbeiterschaft bekennt sich mit Stolz zu der Auffassung, dass der Staat die Aufgabe hat, die Wohlfahrt zu pflegen. Die Wohlfahrt aller - das ist der Grundgedanke der Weimarer Verfassung.

Die Hetze gegen den „Staatssozialismus“ hat lediglich den Zweck, den Besitz zu schützen. Was wir in den letzten Jahren erlebten, war alles andere als Staatssozialismus. Brüning hat während der Bankenkrise des vorigen Sommers

den grössten Teil der Banken und Industrieunternehmungen nur auf der Schul-
denseite sozialisiert. Die Bankensanierung hat weit über eine Milliarde ge-
kostet, Sie war eine Wohlfahrtsleistung der Gesamtheit und zwar an Leute,
die nie einen Beitrag zu einer Wohlfahrtsversicherung geleistet haben. Bei
der Anwendung und Auswirkung der Osthilfe kann man geradezu von einer bei=
spiellosen Verschleuderung von Reichsgeldern sprechen. Gewiss hat der Staat
auch die Aufgabe, für das Wohl der landwirtschaftlichen Bevölkerung Sorge zu
tragen. Bei der Landwirtschaft wurde es aber förmlich Grundsatz, dass jeder
so viel Reichsunterstützung bekommt, wie er fordert. Nicht nur den in Not
geratenen Landwirten wurde unter die Arme gegriffen - Mitgiften und Erb=
schaftsversprechen, die in Form von Hypotheken auf die Güter eingetragen wa=
ren, sind bei der Osthilfe mit angegeben und abgedeckt worden. Den Arbeits=
invaliden gegenüber aber sagt man, dass die Leistungen der Sozialpolitik
zur Unmoral führen. Die Tendenz der Regierung ist, den Armen zu nehmen und
die Reichen zu schonen. Und diese Regierung betrachtet sich als eine christ=
liche Regierung!

Ganz merkwürdig berührt der Vorwurf der neuen Reichsregierung gegenüber
der Brüning-Regierung, diese habe die Reichsfinanzen nicht in Ordnung ge-
halten. Der heutige Reichsfinanzminister war unter der Regierung Brüning Mi=
nisterialdirektor; er hat vor kurzem erklärt, dass am Ende des letzten Rech=
nungsjahres die Schuldenlast des Reiches nicht höher war als am Anfang. Aus
Dank dafür, dass das deutsche Volk unter beispiellosen Opfern dafür gesorgt
hat, dass die Schulden nicht ins Uferlose gestiegen sind, sagt man ihm jetzt
es habe Deutschland zu einem "Wohlfahrtsstaat" gemacht.

Auch die Mitläufer der Nazis aus dem Mittelstand sind begeistert von
der Parole gegen den "Wohlfahrtsstaat". Vielleicht macht diesen Leuten nun
die neue Notverordnung klar, dass sie mit ihrer Hitlerei selber den Ast absä-
gen, auf dem sie sitzen. Manche Miete wird nicht mehr bezahlt werden, man=
ches Brot wird ungekauft bleiben, vielleicht wird aber mancher sein Laden=
fenster, das er für den Horizont der Weltgeschichte hielt, in Trümmer gehen
sehen.

Heinig streifte auch mit einem - mit starkem Beifall aufgenommenen - Wort
die Arbeitsdienstpflcht, für die sich so viele eitle Uniformnarren begei=
stern, weil sie wirklichen Militärdienst nicht kennen. Es gab eine Zeit, in
der die 20Jährigen etwas anders behandelt wurden als heute. Da gab es einen
roten Gestellungsbefehl und einen dreijährigen Arbeitsdienst, und für 22 Pfennig
Löhnung wurde damals den Dienstpflchtigen drei Jahre lang beigebracht,
dass sie nicht das Geringste zu sagen und persönlich absolut nichts zu bedeu=
ten hätten. Wer während dieses aufgezwungenen dreijährigen Schweigens denken
lernte, der war später allerdings Sozialdemokrat. -

Der Verbandsvorsitzende Karsten schloss nach Abschluss der Wahl der
Verbandsinstanzen, die im allgemeinen keine Veränderungen brachte, die Tagung
mit dem Appell an alle Arbeitsinvaliden, jetzt alle kleinlichen und persö=
nlichen Dinge und alle unwichtigen Fragen zurückzustellen und alle Kraft dem
grossen politischen Kampf zu widmen. Der 31. Juli müsse der gesamten Arbeiter=
klasse die Möglichkeit geben, die Bahn frei zu machen. Mit dem Gruss der
Eisernen Front: "Freiheit!" schloss Karsten die Tagung der Arbeitsopfer.

IPD. Am Freitag fanden im Reichsarbeitsministerium nochmals Verhandlun-
gen für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau statt, um endlich
in der Frage der Verbindlichkeitsklärung des vorliegenden Schiedsspruchs Klar=
heit zu schaffen. Zwischen den Tarifparteien kam es zu einer Annahme des
Schiedsspruchs. Der Arbeitgeberverband nahm den Lohnschiedsspruch an, während

die Bergarbeiterverbände den Manteltarifschiedsspruch angenommen haben. Der Lohnschiedsspruch war anfangs vom Zechenverband und der Schiedsspruch zum Manteltarif von den Gewerkschaften abgelehnt worden.

SPD. Das Reichsversicherungsamt hat soeben die vorläufigen Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Träger der Unfall- und Invalidenversicherung für das Jahr 1931 veröffentlicht,

Die gesamten Ausgaben in der Unfallversicherung im Jahre 1931 belaufen sich hiernach auf 418,3 Mill. RM, das sind etwa 11 Mill. RM weniger als im Jahre 1930. Das von den Betriebsunternehmern aufzubringende Umlagesoll beträgt für das Jahr 1931 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 258 231 500 RM (1930 291 855 000 RM), bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 86 105 000 RM (1930 88 817 600 RM).

Die Zahl der versicherten Personen (teilweise geschätzt) ist bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 9 451 200 festgestellt worden gegen 11 238 700 im Vorjahre. Die Zahl der Vollarbeiter (ebenfalls teilweise geschätzt) beläuft sich für 1931 auf 8 345 700 gegen 9 984 100 im Jahre 1930. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sind neue Feststellungen über die Zahl der Versicherten nicht getroffen worden. Es kommen daher 14 054 000 Versicherte, wie bisher, in Betracht.

Die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften der Umlage zugrunde gelegten Löhne sind auf 16 673 204 400 RM festgestellt worden gegen 21 602 223 400 RM im Jahre 1930.

In der Invalidenversicherung wird eine Gesamteinnahme von 921,9 Mill. RM nachgewiesen, wovon 819,2 Mill. RM auf Beiträge und 88,6 Mill. RM auf Zinsen und Nutzungen entfallen. Die Ausgaben mit 1 109,5 Mill. RM übersteigen die Einnahmen um 187,6 Mill. RM, die dem Vermögen entnommen werden mussten. In den Ausgaben sind die Rentenleistungen mit 969,9 Mill. RM, die Verwaltungsausgaben (einschliesslich der Vergütungen an die Deutsche Reichspost) mit 64,4 Mill. RM, vertreten. Für freiwillige Leistungen, insbesondere Heilverfahren, sind 69,9 Mill. RM aufgewendet worden.

SPD. Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer empfing am Freitag die Vertreter der Kriegsopferorganisationen. Er betonte in seiner Ansprache, dass auch von den sozial schwächeren Kreisen in dieser Notzeit ungeheure Opfer verlangt werden müssten; es sei jedoch für ihn eine gewisse Beruhigung, dass die Notverordnung für die Kriegsopfer doch nur "verhältnismässig glimpfliche" Veränderungen gebracht habe.

Ohne von den anderen Verbänden beauftragt zu sein, erwiderte der Vorsitzende des Reichsverbandes auf die Ansprache des Ministers. Seine Antwort bestand im wesentlichen aus einigen höflichen Worten. Als der Vertreter des Reichsbundes, also der grössten - 450 000 Mitglieder zählenden - Kriegsopferorganisation sich zum Wort meldete, verabschiedete sich der Reichsarbeitsminister mit der Erklärung, weitere Erklärungen nicht mehr entgegennehmen zu können.

Der Bundesvorstand des Reichsbundes hat nunmehr in einem besonderen Schreiben an den Reichsarbeitsminister die Stellung der grössten deutschen Kriegsopferorganisation zu der durch die Notverordnung geschaffenen Sachlage dargelegt und Beseitigung einer Reihe unerträglicher Härten gefordert. Er betont, der Bund verkenne nicht die Schwierigkeiten, unter denen das Volk nach einem verlorenen Krieg leben müsse, es gehe aber nicht an, dass nur ein Teil des Volkes Opfer bringen müsse und dass nur einem Teil des Volkes die nationale Gesinnung vorbehalten sei.



Was ist mit der Arbeitsbeschaffung?

Platonische Sympathie und ein grammatikalisch unrichtiger Satz.

SPD. Auch den Gedanken der Arbeitsbeschaffung haben die Nazis missbraucht, um agitatorische Erfolge zu erzielen. Was haben die Hakenkreuzler nicht alles den Arbeitslosen in Stadt und Land versprochen? Nun haben wir eine Regierung, die von den Nazis gestützt wird. Jetzt hätten die Hitlerleute Gelegenheit zu zeigen, dass sie ihre Versprechungen erfüllen können und wollen. Wer an diesen Willen und an dieses Können der Nazis bisher glaubte, erlebt eine bittere Enttäuschung. In ihrer Notverordnung sagt die von den Nazis tolerierte Adelsregierung, dass sie den dringenden Wunsch der Arbeitslosen, anstatt Unterstützung Arbeit zu erhalten, verstehe. Dem fügt sie wörtlich zu: "Ihr (der Regierung) ist die Lösung dieses Problems eine der vordringlichsten des ganzen öffentlichen und privaten Lebens." Dieser Satz stellt nicht nur eine gröbliche Vergewaltigung der deutsche Sprache dar, sondern auch eine gröbliche Vergealtigung der Tatsachen. Denn die ganze Notverordnung bringt auch nicht einen einzigen greifbaren Anhaltspunkt dafür, wie sich die Regierung von Papen die Lösung dieses vordringlichen Problems vorstellt.

Man vergegenwärtige sich die Situation, wie sie knapp vor der Einsetzung der Adelsregierung von Hitlers Gnaden bestand. Der energische Vorstoss der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie für ein grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm hatte nicht nur starken Wiederhall bei den Massen gefunden, sondern auch seinen Eindruck auf die Regierungskreise nicht verfehlt. Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsrat arbeiteten daraufhin Arbeitsbeschaffungsprogramme aus. Die Regierung Brüning entschloss sich endlich, der sozialdemokratischen Forderung nach Auflegung einer Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung nachzukommen. Der Gesetzentwurf darüber war der letzte, den der Reichstag vor seiner Auflösung verabschiedete. Nun war der Weg für die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms frei. Er sollte tatsächlich in der von der Regierung Brüning vorbereiteten Notverordnung beschritten werden.

So lagen die Dinge, als die Regierung Papen die Macht übernahm.

Und was hat sie an die Stelle der von der arbeitenden Bevölkerung stürmisch geforderten, vom Reichstag bereits genehmigten und von der Regierung Brüning unmittelbar vorbereiteten Arbeitsbeschaffungsaktion gesetzt? Einen grammatikalisch unrichtigen Satz, in dem sie ihrer platonischen Sympathie für die Arbeitsbeschaffung Ausdruck gibt. Das ist ihre ganze Aktion. Denn irgendetwas Konkretes kann man in der ganzen Notverordnung nicht finden.

Bei eifrigem Suchen entdeckt man zwar in der Notverordnung einen Betrag von 20 Millionen Mark für die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Aber auch diesen unendlich kümmerlichen Betrag - wenn man ihn an dem Masstabe misst, der für die Arbeitsbeschaffung erforderlich wäre - gewinnt die Regierung nur dadurch, dass sie ihn den Gemeinden von dem ihnen zustehenden Zuschuss abzweckt. Dabei ist noch fraglich, ob das, was die Regierung für den freiwilligen Arbeitsdienst aufwenden will, etwas anderes darstellt als einen verschleierten Tribut an die verbündete Macht, die Nazis, zur Finanzierung und Finkleidung ihrer SA. Die Notverordnungsjacken der SA kosten nämlich rund 15 Millionen Mark.

Wenn man aber in diesem furchtbaren Dokument, das sich wie zum Hohn als Verordnung über Massnahmen zur "Erhaltung" der Arbeitslosenhilfe betitelt, weiterblättert, so stösst man auf einen Abschnitt "Sonstiges", dessen erstes Kapitel die Überschrift "Ermächtigung" trägt. Unter diesen schüchternen nicht sagenden Überschriften, die für das schlechte Gewissen der Verfasser der Notverordnung zeugen, findet man den ebenso nichtssagenden Satz: "Zur Behebung der Arbeitslosigkeit sind im Rechnungsjahr 1932 öffentliche Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bodenverbesserung als Notstandsmassnahmen auszuführen."

Grausamer hätten die Arbeitslosen nicht verhöhnt werden können als durch diesen Satz. Nahezu 6 Millionen Arbeitslose zählen wir in Deutschland. Sie wissen nicht aus und ein. Die Regierung kürzt ihnen erbarmungslos die schon auf ein Minimum runtergedrückte Unterstützung und dann erklärt dieselbe Regierung, sie wolle zur "Behebung" der Arbeitslosigkeit Notstandsmassnahmen durchführen, ohne auch nur eine einzige Mark dafür bereitzustellen. Glaubt diese Regierung wirklich, man könne 6 Millionen Menschen dadurch Arbeit verschaffen, dass man das - allerdings sehr geduldige - Papier des Reichsgesetzblattes mit Druckerschwärze beschreibt? Wie kann man es wagen, den Arbeitslosen Arbeit zu versprechen, wenn man nicht ein Wort darüber sagt, wie man sich die Finanzierung dieser Arbeiten vorstellt?

Der einzige Zweck, für den die Regierung die Hergabe von Geld in Aussicht stellt, ist - eine Subvention an die Hausbesitzer. Es heisst nämlich in dem famosen Abschnitt "Sonstiges", dass das Reich zur Instandsetzung und Teilung von Altwohnungen Zinszuschüsse gewähren und für Darlehen bis zur Höhe von 100 Millionen Mark Bürgschaften übernehmen kann. Gewiss ist die Instandsetzung der Altwohnungen eine dringliche Aufgabe und eine wichtige Gelegenheit zur Arbeitsbeschaffung und muss in viel grösserem Umfange als mit 100 Millionen Mark in Angriff genommen werden. Aber es ist eine Aufgabe, die die Hausbesitzer selbst zu erfüllen haben und für die ihnen in der gesetzlichen Miete eine in ihrer Höhe vom Gesetz vorgeschriebene laufend fliessende Finanzierungsquelle zur Verfügung steht. Die öffentliche Hilfe dürfte hier höchstens in der Form gewährt werden, dass die Finanzierung der Instandsetzungs- und Teilungsarbeiten notfalls durch eine gewisse Hilfsstellung der Reichsbank erleichtert wird. Subventionen für diesen Zweck sind aber auf keinen Fall zu rechtfertigen.

Es bleibt also dabei: Was die feudale Regierung von Hitlers Gnaden den Arbeitslosen zu geben hat, ist Unterstützungsraub statt Erhaltung der Arbeitslosenhilfe, leere Worte statt Arbeitsbeschaffung, Hohn statt Hilfe, Steine statt Brot. Die arbeitende Bevölkerung wird bald Gelegenheit haben, auf diese brutale Herausforderung die gebührende Antwort zu erteilen.

SPD. Die von der Sozialdemokratie seit langem geforderte staatliche Baufaufsichtigung des Bausparwesens wurde vom alten Reichstag seit über einem Jahr beschlossen und am 1. Oktober 1931 in Kraft gesetzt. Es hat sich auch sehr bald herausgestellt, wie dringlich die öffentliche Kontrolle über die Bausparkassen schon geworden war. Denn das Reichsaufsichtsamt sah sich alsbald genötigt, über eine ganze Reihe von Bausparkassen den Konkurs oder die Untersagung des Geschäftsbetriebes zu verhängen. Man kann sich vorstellen, wie diese Bausparkassen mit den ihnen anvertrauten Spargroschen gewüstet haben.

Aber die an sich berechtigten Massnahmen des Reichsaufsichtsamts hatten doch eine Kehrseite, die vom Standpunkt der von ihren Kassen betrogenen Bausparer bedenklich war. Es entstand die Gefahr, dass die Bausparer bei der Abwicklung des Geschäftes der zusammengebrochenen Bausparkassen schwer geschädigt oder gar noch zu weiteren Zahlungen verpflichtet werden. Deshalb wurde schon

seit geraumer Zeit von den Fachkreisen und Bausparern die Schaffung einer Auffangorganisation gefordert. Es wäre bedenklich gewesen, wenn man, wie es vielfach von Interessentenseite verlangt wurde, einer solchen Organisation die Aufgabe gestellt hätte, die noch nicht abgewickelten Bausparverträge weiter zu führen. Berechtigt war aber die Forderung nach Schaffung einer reinen Abwicklungsstelle, die das Vermögen der Bausparer durch allmähliche Verwertung der Vermögensmasse zu sichern hätte. Die Schaffung einer solchen Stelle ist bereits von der Regierung Brüning in Angriff genommen worden und in der von ihr vorbereiteten Notverordnung vorgesehen gewesen. Sie konnte daher ohne weiteres in die neue Notverordnung übernommen werden.

Die Bestimmungen darüber sehen vor, dass das Reichsaufsichtsamt bei der Untersagung des Geschäftsbetriebes die vereinfachte Abwicklung anordnen kann. In diesem Falle haben die Bausparer, die noch kein Baudarlehen erhalten haben, keine Beiträge mehr zu zahlen, neue Baudarlehen dürfen nicht mehr gewährt werden, und die Bausparguthaben werden so zurückgezahlt, wie es die flüssigen Mittel gestatten. Irgendwelcher Vorrang darf dabei einzelnen Sparerguppen nicht eingeräumt werden. Ferner kann das Aufsichtsamt die Liquidation anordnen und sie einem von ihm bestimmten Liquidator übertragen. Zum Liquidator kann auch eine juristische Person bestellt werden, die von der Regierung bezeichnet wird. Unter dieser letzten Bestimmung verbirgt sich die neue Abwicklungsstelle, die nunmehr geschaffen werden soll. Damit wird hoffentlich im Interesse der Bausparer eine ruhige Abwicklung der zusammengebrochenen Bausparkassen gewährleistet sein.

SPD. Auch der Reichsbankausweis für die zweite Juniwoche zeigt deutlich die Unruhe, die wieder einmal durch die politischen Verhältnisse in unser ganzes Wirtschaftsleben hineingetragen wird und die natürlich die Krisenwirkungen verschärfen muss. Es scheint so, als ob sich in grösserer Masse eine Noteihamsterei eingestellt hat. Auf jeden Fall ist die Wirtschaft von einer Uebervervosität beherrscht, die davon ausgeht, sich mit greifbaren Geldmitteln zu versorgen, um auf jeden Fall gerüstet zu sein. Man kann annehmen, dass gerade die Sparkassen ihre liquiden Mittel erhöhen.

Um die Ende Mai fällig werdenden Zahlungen zu bestreiten, hatte die Wirtschaft in der letzten Maiwoche den Reichsbankkredit mit etwa 373,6 Millionen Mark vermehrt in Anspruch genommen. Davon sind in der ersten Juniwoche nur 97,8 Millionen Mark an die Reichsbank zurückgeflossen. Für die zweite Juniwoche stellt sich der Rückfluss sogar nur auf 74,6 Millionen Mark. Damit muss man die Maizahlen betrachten. Zur Ueberwindung des Ultimos April nahm die Wirtschaft den Reichsbankkredit mit 474,3 Millionen Mark in Anspruch. Davon flossen in der ersten Maiwoche 187,2 Millionen Mark zurück und in der zweiten Maiwoche 149,2 Millionen. Der Unterschied ist so auffallend, dass für die Bewegung im Juni besondere Gründe ausschlaggebend sein müssen, auf die wir oben verwiesen haben.

Die Devisenbilanz hat in der zweiten Juniwoche ein grösseres Leck erlitten, nachdem sie in den Vorwochen ziemlich ausgeglichen war. Die gesamte Währungsreserve verringerte sich um 28,3 Millionen Mark auf 958,2 Millionen Mark. Der Rückgang wird damit erklärt, dass die zehnprozentige Rückzahlung auf den Rediskontkredit der deutschen Golddiskontbank durchgeführt wurde. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen verringerte sich auf 25,1 % gegen 25,4 % in der Vorwoche.

SPD. Der verantwortungslosen Schwätzern über eine Autarkie in den Krei-
sen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gibt der Geschäftsbericht
der Felten & Guilleaume Carlswerk A.G. -Mühlheim (Motorenfabrik) für das Jahr
1931 folgende deutliche Lektion: "Unsere Firma ist von jeher hervorragend am
Export nach allen Ländern beteiligt gewesen und kann daher nach allen ge=
sammelten Erfahrungen von ihrer über 50 Jahre zurückblickenden Gründung ab
für Autarkiebestrebungen kein Verständnis aufbringen, umso weniger, als die gros=
se Bevölkerungszahl Deutschlands nur im exportierenden Industriestaat ernährt
werden könnte, im besonderen durch eine vielseitige und hochentwickelte Ver=
feinerungsindustrie und nicht nur durch Förderung und Ausfuhr seiner haupt=
sächlichsten Bodenprodukte. Die Einfuhr der für unsere Lebenshaltung und Ver=
feinerungsindustrie notwendigen Rohstoffe bleibt uns in keinem Falle erspart.
Dafür Austauschmöglichkeiten durch Export zu finden, muss unser höchstes Ziel
sein."

Nach dem Geschäftsbericht hat sich der Gesamtumsatz des Konzerns gegen=
über 1930 mengenmässig um 23 % gesenkt, der wertmässige Umsatz verringerte sich
um 32 %. Die Belegschaft der Betriebe einschliesslich der deutschen Tochter=
gesellschaften (Angestellte und Arbeiter) hat sich in den drei Jahren 1928,
1929 und 1930 auf einer mittleren Höhe von 12 732 gehalten und ist 1931 im
Durchschnitt auf 9 044 gesunken. Auch diese Zahl konnte nicht voll beschäftigt
werden. Die Auftragsbestände sind auf 30 % der Vorjahre und auf 25 % des nor=
malen Standes zurückgegangen. Die Werksparkasse wurde durch Rückzahlung am
31.3.1932 völlig aufgelöst.

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom
17. Juni, einschliesslich Fracht, Spesen und Provision). Wirsingkohl Berliner
Gärtnerware 50 kg 8 - 10, Blumenkohl 100 Kopf 12 - 25, do. Suppen 5 - 10, Mohr=
rüben junge 50 kg 10 - 18, Kohlrabi Freiland grosse Schock 1.20 - 1.50, do.
klein 0.40 - 0.60, do. mittel 0.80 - 1.10, Radieschen Schockbd. 1.50 - 2,
Meerrettich 50 kg 45-50, Petersilie grün je nach Grösse 100 Bd. 5 - 10, Salat
Freiland 100 Kopf 3 - 6, Spinat 50 kg 7 - 11, Pfefferlinge 50 - 55, Gurken
Treibhaus I und II 100 Stck. 10 - 20, do. III 5 - 8, do. holländ. 12 - 23,
Spargel I gebündelt 50 kg 22 - 28, do. lose 20-25, Spargel II 12-18, do. 10-
14, Spargel III 6 - 8, do. lose 4 - 6, Edel-Champignons Treibhaus 80 - 130, do.
II 50 - 80, Schoten 15 - 17, Tomaten Treibhaus 25-40, Rhabarber Freiland
1.50 - 2.50.

Äpfel amerik. Kiste 9 - 12, do. austral. 12-15, Kirschen süsse ital. 50 kg
25-40, do. Werder 23-28, do. hiesige 22-26, Stachelbeeren unreife 13-15, Erd=
beeren hiesige Ia 35-42, do. II 25-30.

SPD. Die Verordnungen über Ausfuhrzölle vom 18. März 1932 und vom 26.
April 1932 für gebrauchte Maschinen erfahren durch eine neue Verordnung, die
am Freitag im Reichs-Anzeiger veröffentlicht wurde, eine Milderung.

Hoffnung auf den Reichsernährungsminister.

(Berliner Getreidebörse vom 17. Juni)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag in recht fester Haltung. Man nimmt allgemein an, dass Verhandlungen im Reichsernährungsministerium einen stützenden Einfluss auf die Preislage ausüben werden. Dementsprechend blieb das Angebot an Brotgetreide recht knapp, während sich andererseits vermehrtes Kaufinteresse der Mühlen zeigte. Am Promptmarkt konnte Weizen seinen Preisstand um 3 Mark befestigen, während Roggen eine Mark gewann. Am Markte der Zeitgeschäfte gewann Roggen eine Mark, Weizen 2 Mark. Nur Juliweizen hatte einen Gewinn von 5 Mark je Tonne zu verzeichnen. Auf das Mehlgeschäft blieb diese Entwicklung einstweilen ohne Einfluss. Die Nachfrage ist sehr gering und Versuche der Mühlen, etwas höhere Preise durchzusetzen, blieben erfolglos. Im Gegenteil klagt man darüber, dass die Abrufe auf laufende Abschlüsse sehr viel zu wünschen übrig lassen. Dagegen lag der Hafermarkt wieder fester und bei gebesserter Kauflust wurden hier höhere Preise durch den Konsum bewilligt.

	16.6.	17.6.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	249 - 251	252 - 254
Roggen	186 - 188	187 - 189
Futter- und Industrieroggen	164 - 170	164 - 170
Hafer	155 - 159	156 - 160
Weizenmehl	31,00 - 34,75	31,00 - 34,75
Roggenmehl	25,25 - 27,20	25,25 - 27,25
Weizenkleie	10,30 - 10,80	10,10 - 10,65
Roggenkleie	9,80 - 10,30	10,00 - 10,30
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Juli 263 - 265 (260),		
Sept. 231½ (229½), Okt. 232½ (230), Dez. 236½ (234½), Roggen Juni - (183½),		
Sept. 181½ (180½), Okt. 182 (181) Dez. - (184½), Hafer Juli 163½ - 164½ (162)		
Sept. 148 (147), Okt. - (148), Dez. - (-).		

Berliner Viehmarkt.

SPD. Auf dem Schweinemarkt, wo besonders die schweren fetten Schweine bevorzugt wurden, konnten sich Preissteigerungen in allen Klassen durchsetzen. Der Auftrieb mit etwa 9 500 Schweinen genügte nicht ganz. Auch griff der Versand in das Geschäft ein. Abschlüsse gab es auf dem Hammel- und Kälbermarkt. Besonders wurde der Kälbermarkt betroffen. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) -(-), b) (240-300 Pfd.) 38-39 (37-38), c) (200-240 Pfd.) 37-38 (36-38), d) (160-200 Pfd.) 35-36 (33-36), e) (120-160 Pfd.) 32-34 (32-33), Sauen 35-36 (35). Schafe: a) 33 - 34 (35-37), b) 30-32 (32-34), c) 25-29 (27-31), d) 12-24 (15-25). Kälber: b) 32-40 (36-43), c) 25-32 (25-35) d) 18-25 (18-25), Kühe: a) 25-28 (25-27), b) 22-24 (22-24), c) 16-21 (16-21), d) 13-15 (13-15).

Rump und Mühen

INHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 17. Juni 1932

Das Geheimnis auf der Viermastbark.X

SPD. Ein Sonntagnachmittag auf dem Stillen Ozean. Wir haben auf der Bark "Eleonore" klar Schiff, was Feierabend heisst, und der Himmel ist blank wie eine Fensterscheibe zu Pfingsten. So gegen Sonnenuntergang holen wir uns denn alle eine Pfütze Wasser, stellen uns, blank wie Adam, aufs Deck und schrubben uns das bisschen Dreck runter, das man auch auf einer blitzsauberen Bark ohne Qualm und Maschinenschmiere noch kriegt. Mit Süßwasser musste gespart werden; darum konnten wir uns den Luxus nur alle Woche einmal erlauben. Nachher mussten noch die Hemden im Wasser ausgespült werden.

Wie wir da so stehen, sagt Bartels zu mir: "Frederik, ist Dir auch schon aufgefallen, dass der Steuermann, der van Eek, 'n Dreckpudel ist?"

Ja, das ist uns allen aufgefallen. Nicht einmal in den drei Wochen Fahrt von Altona her hatte sich der Kerl abgeschrubbt. Wir reden grad hin und her, da taucht sein breiter Kopf mit der Mähne vom Vorderdeck her auf. Er geht schwer mit seinem "assereimer an uns vorbei und grad aus in die lütte Kombüse mit 'n Herz an der Tür, die auf Segelschiffen dem Leichtmatrosen wie dem Käp'n gleich gehört. Mit dem Mann ist nicht gut Kirschen essen. Das haben wir schon nach zwei Tagen rausgehakt, als der Decksjunge mit gekrümmtem Buckel herumlief; so hatte der Steuermann ihn für 'n kleine Dreistigkeit verwahrt... Nach der Messe sagt der Käp'n: "Na, Jungs, dann macht euch man heute son büschen Gemütslichkeit! Holt das Seemannsklavier (Handharmonika) raus, und zwei Kessel Süßwasser spendier' ich für 'n steifen Grog..." Das ist 'n Hallo. Da wird denn gesungen: "Nach der Heimat möcht' ich wieder", und: "Auf der Reeperbahn Nachts um halb eins..." - all das Zeug, das so 'n seekatriger Fahrensmann plärzt.

Gegen Abend gibt der "Breite" - so hiess van Eek bei uns - mir das Steuer und trinkt zwei Wochen lang mit dem Alten einen nach dem andern. Ich lieg' nachher schon in der Koje, da weckt mich ein gehöriger Puff, dass ich denk', die Bark ist aufgelaufen.

"Hallo, Frederik", hör ich Bartels halblaut sagen...

"Was gibt's? Lass mich doch schlafen..."

"Mensch", sagt er. "Hör' zu! Du weisst das noch gar nicht. Ich stehe Wache, da kommt der Breite an mir vorüber, sternhagelvoll, brüllt ein krauses australisches Zeug, wankt etwas und steuert backbords in die Koje. Dabei zieht er immer den linken Fuss so komisch nach, so..." - und Bartels geht im Zwielflicht der Oelfunzel hin und her und erklärt mir die Sache. Der linke Fuss tritt auf wie der rechte; dann stockt der Gang, und nun zuckt der linke Fuss ganz eigenartig in die Höhe, als müsse er etwas nachschleifen, so eine Art Gewicht...

Wir zergrübeln uns den Kopf, kommen aber auf nichts Gescheites und schlafen schliesslich ein.

Decksjungen müssen irgendeinen Zweck, ausser dem Ohrfeigen zu kriegen, haben - unsrer erblickt seine Aufgabe in phantastischer Schwatzsucht. Natürlich hat er mit dem Koch geknatscht, mit "Nuckelkopp", wie dessen Spitzname lautet. Der Jung' kommt an einem Mittag geheimnisvoll in unsre Runde und brüllt: "Wisst Ihr, was Nuckel sagt? Der Breite..."

Ein Hieb in den Rücken bringt ihn zur Besinnung. Er berichtet flüsternd weiter: der Koch habe einmal an Land in einer französischen Kolonie einen

Trupp Sträflinge gesehen. Alle trugen eine Kette um den linken Fuss geschmie-
det und daran eine schwere Eisenkugel, grösser als eine Männerfaust. Niemand
kann mit diesem Hindernis flüchten. Als der Junge ihm die seltsame Bewegung
des Breiten, das schleifende Aufheben des Fusses, vorführte, erinnerte sich Nuk-
kel, ... Nun wird der Breite noch mehr gefürchtet.

Zwei unsrer Matrosen sind Dänen, schwere, rothaarige Kerle mit Muskeln
wie die besten Neger. Einer von ihnen hat am nächsten Sonnabend Deckdienst
bei unsrer Baderei und bringt nach der kleinen Kombüse mit dem ausgeschnit-
ten Herzen in der Tür die Lampen, die für den Abend von innen in eine ver-
glaste Vertiefung gestellt werden und die Decks seitlich erhellen. Niemand
denkt daran, dass vor zwanzig Minuten, als er noch hell war, der Breite mit sei-
nem Eimer hineingegangen ist. Der Däne reisst die Tür auf, und der Strahl sei-
ner Lampe fällt gerade auf die Brust des halbnackten Steuermanns. Ein kreis-
förmiges, rostbraunes Mal taucht auf, zwei verschlungene Buchstaben und eine
Nummer - ich weiss es noch wie heute: 1733. Im selben Augenblick trifft den
Dänen ein Schlag vor die Stirn. Er taumelt, und wenn nicht Bartels schnell
genug hinzugesprungen wäre, so würde die Lampe auf den geteerten Bohlen Feuer
gegeben haben. So steht der Breite, umringt von allen Matrosen, in der offenen
Tür. Der Däne hält noch ein Licht, Bartels das andere und der Landsmann des
Angegriffenen starrt, gerade vor dem Breiten, auf die rote Zahl 1733. Jetzt
erinnern wir uns, den Steuermann immer in geschlossener Jacke gesehen zu ha-
ben. Ein roter Hautreif um seinen linken Fuss in der Höhe des Knöchels fällt
auf - nun ist auch der Koch, vom Tumult aufgeschreckt, neben mir, drängt vor...
schreit mit seiner spitzen Stimme: "Halb ich's nicht gesagt! Ein Sträfling
ist er. Ich weiss, dass die Australier den Strafkolonisten dieses Zeichen in
den Leib brennen..." - Klapp, liegt er am Boden. Der Breite überrennt zwei
Leute... und saust über die Reeling, eine lebende Harpune, mit einem Satz ins
Meer.

Es dauert Minuten, bis der Bootsjunge "Mann über Bord" brüllt. Vier Leute
stehen am Boot. Schon ist der Schatten des Steuermanns in Dunkelheit und Ent-
fernung nicht mehr auf dem Wasser zu sehen - endlich sitzen wir an den Rie-
men. Der Rothaarige hält die Laterne weit über sich hin. Irgendwo im Kegel
taucht ein Kopf auf, verschwindet...

Das Letzte, was wir hören, ist ein Schrei. Der Silhouette nach muss es ein
Haifisch sein, der den Geflüchteten anfällt. Wir haben ihn nicht gefunden -
und unsern Steuermann, den Breiten, auch nicht.

+ + +

So erzählte Kapitän Hundertmark. Dann schwieg er lange. Die Sonnenkringel
zeichneten durch bleigefasste Scheibenreliefs auf den Tisch, durchglitzerten
den dampfenden Grog.

"Deshalb nämlich", fuhr Hundertmark endlich fort, "musste ich damals ver-
tretungsweise Steuermannsdienst übernehmen. Wenn irgendwem, dann verdanke ich
es dem Breiten und niemand anderm, dass ich auf die Idee kam, das Examen end-
lich einmal zu machen. Heute bin ich Kapt'n auf einem Dampfer, habe was erreicht
im Leben, und doch, lieber Freund, ich wollte, wir könnten noch einmal, Bartels
und ich, mit dem Breiten auf der Bark im Stillen Ozean herumschwimmen. Ich war
grün und jung hätte ich ein paar Jahre eher gesehen, was es eigentlich für
einen gesunden Verl heisst, mit so einer Kette am Bein, gepeitscht und ange-
spieen, hätte ich geahnt, auf welchen Umwegen sich ein aus dieser Hölle Befrei-
ter wieder zurückschleichen muss auf einen menschlichen Posten - der hätte
nicht daran zu glauben brauchen..."

Walter Anatole Persich.

Die Industrie der Rosendüfte.^x

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. Schon seit antiken Zeiten haben die Menschen wohlriechende Flüssigkeiten aus der Rose gezogen. Diese aromatischen Erzeugnisse waren freilich noch kein Rosenöl, wie wir es heute kennen, und dessen Herstellung erst im Mittelalter begonnen hat, sondern nur Rosenwasser oder über Rosenblätter destilliertes Wasser. Immerhin erzeugten die alten Inder, Ägypter und später die Perser ein sehr gutes Rosenwasser, dass ein geschätzter und ergiebiger Handelsartikel im Abend- wie im Morgenlande war.

Die eigentliche Rosenölerzeugung setzte gegen Ende des 16. Jahrhunderts ein. Der Gewinnungsprozess soll in Persien entdeckt und erst später in Europa bekannt worden sein. Jedenfalls ist in der Pharmacopoea der Stadt Worms von 1582 und in der von Frankfurt a.M. von 1587 Rosenöl unter der Bezeichnung "Oleum rosaren verum" (wahres Rosenöl) erwähnt. Abgesehen von kleinen Rosenfeldern in Frankreich, Italien, Anatolien, Griechenland, Persien, Syrien und auch in Deutschland (z.B. Miltitz bei Leipzig), wo in ganz geringen Mengen Duftrosen zur Gewinnung von Rosenöl gezüchtet werden, ist Bulgarien seit einer Reihe von Jahrzehnten der einzige grosse Rosenöllieferant der ganzen Welt. Bulgarien erzeugt allein mehr als 80 Prozent der Weltrosenölproduktion. Nach den jüngsten statistischen Ermittlungen beschäftigen sich 135 südbulgarische Gemeinden mit der Kultur von Duftrosen, die eine Anbaufläche von rund 7000 Hektar bedecken. Gepflanzt werden hauptsächlich nur zwei Arten, die unter der botanischen Bezeichnung "rosa damascena" (rote Blüte) und "rosa alba" (weisse Blüte) bekannt sind. Die Blütezeit beginnt gewöhnlich gegen Mitte Mai und dauert drei bis vier Wochen.

Unbeschreiblich schön ist der Anblick der blühenden Rosenfelder, eine einzige bezaubernde Farbensymphonie. Hätte man Worte zur Schilderung dieses märchenhaften Anblicks, so fehlten die Bilder, und hätte man die Bilder, so vermisse man die Farben. Und hätte man auch diese, so fehlte doch jener betörende Duft der Millionen, nein, Milliarden Rosen, der die Seele in Zauberschlaf wiegt...

Die bulgarischen Rosenplantagen erstrecken sich längs der Abhänge und in der Ebene südlich des Mittelbalkan zwischen den Städtchen Klissura und Kasanlik. Das Hauptzentrum der Rosenbauern ist Rachmanlare, dessen Bevölkerung sich vornehmlich aus Türken rekrutiert. In dieser Ortschaft besonders haben die Agenten der Rosenölfabrikanten ihre Aufkaufskontore errichtet, vor und in denen der prosaische Teil beginnt. Auf dem Dorfanger halten zur Zeit der Ernte ganze Karawanen von Wagen, Büffeln und Eseln, hochbepackt mit Säcken voller Rosenblüten. Sack für Sack wandert auf die Wagge, und das Feilschen ist in vollem Gange. In erster Linie sind die stark duftenden Damaszenerosen gesucht, für die in der gegenwärtigen Saison 10 bis 12 Lewa (30 bis 36 Pfennig) je Kilogramm bezahlt werden. Vor zwei Jahren erhielten die Bauern noch 20 bis 24 Lewa. Die Weltwirtschaftskrise hat auch sie nicht verschont...

Die Rosenernte beginnt gewöhnlich gegen Mitte Mai. Da bei Hitze und Sonnenschein, die der südliche Himmel in reichem Masse spendet, mehr ätherische Öle in die Atmosphäre verfliegen als bei feuchtem, kühlem Wetter, so werden die Blüten gewöhnlich vor Tagesanbruch bis spätestens 9 Uhr Vormittags, solange noch Tau liegt, gepflückt. Die Rosen werden im allgemeinen knapp unter dem Herzen abgebrochen. Eine Person kann am Tage etwa 12 bis 14 Kilogramm Blüten pflücken. Von einem Hektar werden etwa drei Millionen Blüten oder 3000 bis 4000 Kilogramm Blüten geerntet. 30 000 Rosen werden zur Gewinnung von einer Unze (1/12 Pfund) Rosenöl benötigt. 3000 bis 4 000 Kilogramm Blütenblätter ergeben etwa 1 Kilogramm Rosenöl im Werte von durchschnittlich 60 bis 70000 Lewa (2 000 bis 2 3 000 RM.) Nachdem in Bulgarien rund 7 000 Hektar Land mit

Rosen bebaut sind, von denen jeder Hektar etwa 3 Millionen Blüten liefert, werden alljährlich gegen 21 Milliarden Blüten geerntet und etwa 3 000 Kilogramm Rosenöl gewonnen....

Der Hauptsitz der bulgarischen Rosenölindustrie ist heute Karlovo und nicht Kasanlik, wie vielfach irrtümlich geschrieben wird. Dort gewinnen sechs Fabriken die kostbare Essenz in erstaunlich einfachem Produktionsprozess. Im ganzen Produktionsgebiete sind 12 moderne und zahlreiche mehr oder weniger primitive Fabriken und Betriebe vorhanden. Die Rosenblüten werden in grossen Kesseln, von denen manche bis zu 400 Kilogramm aufnehmen können, gekocht, der aufsteigende Dampf wird in eine dazwischen geschaltete Kühlvorrichtung geleitet, schlägt nieder, und der Extrakt ist bereits gewonnen. Ein durchdringender süsslicher Geruch lagert in den offenen Fabrikräumen, dringt in die Kleider ein, setzt sich in der Nase fest und ist tagelang nicht wieder loszuwerden. Dieser konzentrierte Geruch ist geradezu unerträglich.

Die Rosenölfabriken arbeiten im ganzen Jahre höchstens vier Wochen lang. In den übrigen elf Monaten liegen sie still. Der Rosenölexport, der jährlich eine mittlere Wertziffer von 200 Millionen Lewa erreicht, geht hauptsächlich nach Frankreich, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England und Deutschland, wobei Frankreich gegen 50 Prozent, Amerika gegen 20 Prozent und England und Deutschland etwa je 15 Prozent abnehmen. Das sehr kostspielige Rosenöl findet vornehmlich bei der Herstellung feinsten Parfüms, Cremes, Seifen usw. Verwendung. An sich ist der Rosenölhandel in hohem Grade eine Frage des Vertrauens, da Imitationen und Fälschungen an der Tagesordnung sind. Die Fälschungen mit Geraniumöl, Galbanifera u.a.m. werden in der Regel so geschickt ausgeführt, dass sie nicht einmal durch Analyse sicher festgestellt werden können. Die Chemiker lehnen es trotz vorgenommener physikalischer und chemischer Prüfung ab, eine Garantie für die Reinheit der Rosenessenz zu übernehmen. Um doch eine gewisse Garantie für die Reinheit des Oeles zu haben, wenden sich die Importeure gewöhnlich an die staatliche Landwirtschaftsbank, die die Tätigkeit zahlreicher kleiner, genossenschaftlich zusammengeschlossener Erzeuger überwacht, oder an die wenigen Grossproduzenten, die den Aussenhandel mit Rosenessenz faktisch zentralisiert und monopolisiert haben. Nachdem der Rosenölexport einen wichtigen Posten in der bulgarischen Aussenhandelsbilanz darstellt, bietet natürlich der Staat alles auf, um die Kultur der Duftrosen und damit auch der Rosenölproduktion zu fördern. In Kasanlik besteht eine staatliche Versuchsanstalt für Rosen, um die verschiedenen Arten und besonders die beiden erwähnten beständig zu verbessern.

Rathenau und der Sozialismus.^x

SPD. Als am 24. Juni 1922 Walter Rathenau, der Aussenminister der deutschen Republik, der jahrelangen nationalistischen Mordhetze zum Opfer fiel, ging ein plötzliches Erwachen durch das republikanische Deutschland: die Arbeiterschaft schloss sich fester zusammen, aber auch die bürgerliche Mitte bekannte sich zu Joseph Wirths Fanal: "Der Feind steht rechts!" Es ist für das Te,po unsrer Epoche charakteristisch, dass uns die Opfer der republikanischen Idee - Erzberger und Rathenau - nicht stetig gegenwärtig geblieben sind. Der ungeheure Wandlungsprozess von Gesellschaft und Wirtschaft in der Nachkriegszeit hat immer neue Situationen in den Vordergrund geschoben. Vielleicht verrät es auch ein gut Teil Schwäche, dass die deutsche Republik derer die sich ihr geopfert haben, nicht nachhaltig genug gedacht hat. Heute, am zehnten Jahrestage des Todes von Walter Rathenau, wollen wir es uns wieder einhämmern, dass der Feind heute wie damals rechts steht!

Walter Rathenau hat sich keineswegs zum Amt eines deutschen Aussenministers gedrängt; man hat es ihm oft vorgeworfen. Nichts ist bezeichnender, als dass der unverheiratete Rathenau seiner alten Mutter, mit der er, wenn es seine Zeit nur irgend erlaubte, täglich Mittagbrot ass, und der er alle wichtigen Dinge mitzuteilen pflegte, die Berufung zum Aussenminister, dem nachhaltigen Drängen des damaligen Reichskanzlers Wirth nachgebend, verschwiegen hat. In der ängstlichen Frage der Mutter: "Walter, warum hast du mir das angetan?", lag vielleicht schon die Vorahnung des Schicksals, das dem Sohne zgedacht war.

Der Sohn und Nachfolger des Elektrogewaltigen Emil Rathenau war Präsident des grössten deutschen Elektrokonzerns: der AEG. Walter Rathenau gehört somit selbst zu den dreihundert Männern, deren Bedeutung er in einem berühmt gewordenen Satze folgendermassen umschrieben hat: "Drehundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung". Sicherlich bildete Rathenau in diesen Kreisen eine Ausnahme. Schon seine Schriftstellerei musste Rathenau verdächtig machen. Wie kann sich ein führender Grossindustrieller, dessen Unternehmen Weltruf geniessen, erlauben, zeitkritische und ethische Schriften zu veröffentlichen? Man übergang diese literarischen Werke Rathenaus mit Spott und Ueberlegenheit und hielt sich an seine kommerziellen und organisatorischen Leistungen. Hier wurde er anerkannt. In Briefen an den Nationalökonom Franz Oppenheimer hat er 1918 seine organisatorische Begabung geschildert: "Wenn man sein ganzes Leben lang solche technischen Prozesse reformiert hat (Rathenau hat manche darniederliegende Fabrik der AEG zur blühenden Unternehmung gemacht), so bekommt man auch zu der technischen Reform des Gesamtprozesses Vertrauen." Oder noch anschaulicher: "Wenn eine Fabrik mir übergeben wird - mag sie Deutschland heissen -, die technisch und organisatorisch unvollkommen arbeitet, so fange ich nicht damit an, dass ich die Ansprüche der Aktionäre, Angestellten und Beamten zur Hauptsache mache, sondern ich ordne zunächst den Produktionsprozess. Dann habe ich die Mittel, um alle zu befriedigen." Die Rohstofforganisation während des Krieges war Rathenaus Werk.

Führten die intimen Kenntnisse des Wirtschaftsprozesses Rathenau zu einer sozialistischen Weltauffassung? Nein! Rathenau ist immer der Vertreter eines ethischen Individualismus geblieben, so sehr er sich auch, vor allem in seinem Buche "Zur Mechanik des Geistes" (1913) abmüht, einen geistigen Kollektivismus zu begründen. Dem marxistischen Sozialismus hat er nie ein inneres Verständnis entgegengebracht. Wie wären sonst Sätze möglich, die sein Buch "Von kommenden Dingen" an programmatischer Stelle enthält: "Dieses Buch trifft den dogmatischen Sozialismus ins Herz. Denn er erwächst aus materiellem (!) Willen; in seinem Mittelpunkt steht die Teilung (!) irdischer Güter, sein Ziel ist eine staatlich-wirtschaftliche Ordnung... Niemals wird Gesinnung durch Einrichtungen erlistet; und weil der Sozialismus um Einrichtungen kämpft, bleibt er Politik; er mag Kritik üben, Misstände beseitigen, Rechte gewinnen: niemals wird er das Erdenleben umgestalten, denn diese Kraft gebührt allein der Weltanschauung, dem Glauben, der transzendenten Idee". Rathenau verwechselte die vulgäre Form des marxistischen Sozialismus mit seiner ursprünglichen Gestalt, die ihm sein Schöpfer, Karl Marx, gegeben hat: die Grundlagen des marxistischen Sozialismus sind geistiger Art. Nicht umsonst war Marx der Fortsetzer und Vollender Hegels, dessen Philosophie der tiefste Ausdruck des deutschen Geistes gewesen ist.

Rathenau war in seinen philosophischen Arbeiten Autodidakt. Nur deshalb konnte er die geistigen Quellen des Sozialismus verkennen. Auch die ökonomischen Lehren des Sozialismus hat Rathenau verworfen, freilich ohne tiefer in sie eingedrungen zu sein. So schreibt er wiederum in seinem Buche "Von kommenden Dingen": "Der Sozialismus, die Lehre, die ihre Wissenschaftlichkeit über alles stellt und sie dennoch verleugnen muss, um populär zu bleiben, ist über den Weg der unmittelbaren Stillung nie hinausgekommen. Ihr ergibt sich

die volkstümliche Schlusskette: Was ist das Ziel? Erhöhter Arbeitslohn. Was schmälert den Lohn? Die Kapitalrente.- Wie erhöht man den Lohn? - Indem man die Rente unterdrückt.- Wie unterdrückt man sie? Nun wäre folgerichtig zu antworten: Indem man das Kapital aufteilt (!). Es ist jedoch wissenschaftlich zu sagen: Indem man das Kapital verstaatlicht. Die eine Antwort ist so falsch wie die andere. Beide verkennen das Gesetz des Kapitals in seiner gegenwärtig entscheidenden Hauptfunktion: nämlich als derjenige Organismus, der den Weltstrom der Arbeit nach den Stellen des dringenden Bedarfes lenkt." - Angesichts der Tatsache, dass die Weizenernte Kanadas vom Jahre 1931 unverkäuflich ist, während Millionen Menschen diesseits und jenseits des Ozeans nach Brot hungern, kann man nicht behaupten, dass Rathenaus Deutung des kapitalistischen Mechanismus zutreffend ist.

Vielleicht war es die Tragik Walter Rathenaus, dass er sich aus der Kaste, in die er hineingeboren war, nicht herauslösen konnte, obwohl er sie menschlich und geistig überwunden hatte. Wenn er auch Vorrechte des Blutes und der Rasse entschieden ablehnte, seine Geistigkeit hatte immer einen exklusiven Charakter. Ein Satz, mit dem er sich 1920 zur Demokratischen Partei bekannte, macht dies deutlich: "Wir haben die Pflicht, die Partei des Geistes zu werden - mag sie klein oder mag sie gross sein." - Gleichviel. Walter Rathenau war ein edler und vornehmer Mensch, der sein Leben in klarem Bewusstsein der Sache Deutschlands geopfert hat.

J.P. Mayer.

----- X Rakete und Flugtechnik. -----

SPD. Als vor ungefähr vier Jahren durch die von Fritz von Opel und dem inzwischen verunglückten Max Valier veranstalteten ersten Vorführungen von Raketenfahrzeugen die Rakete einen hohen Grad von Aktualität erlangte, da glaubten viele ernstlich, dass jetzt ein neuer Motor erfunden worden sei, der die alten überflüssig machen würde. Und nicht nur Laien in technischen Dingen glaubten das, sondern auch Menschen, deren Beruf eng mit der Technik verknüpft ist, ohne dass sie nun dadurch selbst zu Technikern geworden sind: Flieger und Rennfahrer.

In den vier Jahren seither hat die Raketentechnik selbst erhebliche, in manchen Einzelheiten sogar erstaunliche Fortschritte gemacht, - andererseits ist der Glaube der Allgemeinheit an die baldige Ablösung des Benzinmotors und der Dampfmaschine durch die Rakete geschwunden. Es ist zu schwierig und führt viel zu tief in hochgelehrte physikalische Ueberlegungen, als dass im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes bewiesen oder auch nur gezeigt werden könnte, warum die Rakete den Motor weder verdrängen noch ersetzen kann. Man muss sich damit begnügen, dass es nicht der Fall ist, und dass man eine allen wissenschaftlichen Anforderungen standhaltende Erklärung hat, warum es nicht geht.

Nach einer solchen Feststellung erhebt sich naturgemäss die Frage, ob denn die besagten weiteren Fortschritte in der Raketentechnik überhaupt noch einen Sinn haben. Als reines Forschungsgebiet hat natürlich alles seinen Sinn, und darüber hinaus steht fest, dass die Raketen in eigener Person schon eine Reihe von Aufgaben haben werden. "In eigener Person", das besagt, dass die Rakete immer eine Rakete bleiben muss, bei allem, was man auch mit ihr anstellt, und dass sie nicht zum Motor - also zu einem Teil eines anderen Ganzen - degradiert werden darf. Um es zoologisch auszudrücken: Man kann den Hund im allgemeinen als Zugtier nicht verwenden, wenn er auch schneller läuft als ein Pferd, - aber vielleicht lässt er sich sonst zu irgendwelchen nützlichen Dingen abrichten.

Da hat man nun aber in Fachkreisen ganz neuerdings wieder etwas ans Licht des Tages gezogen, was den Beweis erbringt, dass doch noch nicht aller Tage Abend ist mit der Verwendung der Rakete als Zugtier. Dass - wieder zoologisch ausgedrückt - der Hund doch in einem ganz bestimmten Fall als Pferd gebraucht werden kann, wo nämlich kein Pferd da ist.

Die Menschheit hat das Problem des Fluges auf verschiedene Weise gelöst. Sie schwimmt in der Luft genau wie die Fische im Weltmeer, wenn sie Luftballon und Zepp zu Hilfe nimmt. Sie fliegt, mehr nach Vogelart, mit Rumpler, Junkers Farman und Do X. Und schliesslich und zuletzt erfunden: sie segelt nach Art mancher Vögel ohne fremde Kraft eiserner Motoren, und ohne geborgten Auftrieb leichter Gase auf Segelflugzeugen herum. Eine grossartige Sache, solch Segelflugzeug. Kostet keinen Betriebsstoff, hat keinen teuren Motor, und seine Bedienung ist leicht zu erlernen (wenn auch nicht zu beherrschen, denn Beherrschung ist immer eine Talentfrage) und viel ungefährlicher, als es aussieht. Es hat nur eine Schwierigkeit. Der glückliche Besitzer eines solchen Apparates, der bei schönem und geeignetem Wetter Zeit und Lust zum Fliegen hat, kann es noch lange nicht tun. Denn zum Start braucht er wer weiss wie viele Hilfskräfte.

Hier ist eine Aufgabe für die Rakete. Eine Rakete wirkt immer gern nur ganz kurze Zeit, dafür aber sehr kräftig. Ausserdem ist sie leicht und einfach genug, um von einem Menschen gehandhabt zu werden. Sie ist also geradezu dafür geschaffen (das ist sie ja nun in Wirklichkeit eigentlich nicht), um ein startbereites Segelflugzeug ohne fremde Hilfe in die Luft zu werfen. Mehr kann sie nicht tun, und mehr soll sie auch nicht tun. Aber die Segelflieger kommen jetzt dahinter, dass sie es kann. Was aber den Segelfliegern im wahrsten Sinne des Wortes billig ist, das kann den Motorfliegern nur recht sein. Auch sie haben Gelegenheiten, wo sie nicht vom Gelände oder vom Wasser abkommen. Vom Gelände darum nicht, weil der Platz nicht reicht, vom Wasser darum nicht, weil sie zu schwer sind. Die Katapultflugzeuge der grossen Ozeandampfer sind das Musterbeispiel. Auch hier könnte eine solche Startrakete helfend wirken, alle Katapulte ersparen und dabei noch den Vorteil bieten, dass sie den Flieger auch nach einer Zwischenlandung selbständig wieder flott macht.

Wie gesagt, die Idee ist nicht neu. Sie existierte schon vor der grossen Begeisterung vor vier Jahren. Aber man holt sie jetzt wieder hervor, um sie ohne Begeisterung, dafür zielbewusst, in die Praxis einzuführen.

Willy Ley.

SPD. Naturschutz in Grönland und Spitzbergen.^X In jüngster Zeit hat es sich als notwendig erwiesen, vor den vielen schiesswütigen Sonntagsjägern und "Naturfreunden" auch vom Weltverkehr etwas abgelegene Gebiete zu schützen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass so manche mit reichem Tier- und Pflanzenleben gesegnete Gegend in verhältnismässig kurzer Zeit in ein Schlachthaus verwandelt wird, in welchem die Tiere zum rettungslosen Aussterben verdammt sind, wenn eine solche Landschaft durch ihren Tierreichtum erst als ein Schiessersparadies bekannt geworden ist. Aus diesen Erwägungen heraus sind auch für Grönland und Spitzbergen verschiedene Naturschutzbestimmungen erlassen worden. Der über alles Erwarten grosse Tier- und Pflanzenreichtum des Scoresbysundes hat die dänische Regierung veranlasst, weite Strecken dieses Gebietes zum Naturschutzgebiet zu erklären. Ähnliche Massnahmen hat die norwegische Regierung zum Schutze der arktischen Tiere im Gebiete von Spitzbergen ergriffen. Ein grosser Landteil im Nordwesten Spitzbergens und die Kleine Bäreninsel sind durch eine Reihe scharfer Verordnungen unter staatlichen Schutz gestellt worden. Für Polarfüchse und Wildgänse wurde im Sommer eine bestimmte Schonzeit angeordnet. Ausserdem wurde für Renntiere ein Schussverbot bis zum Jahre 1934 und für Walrosse bis 1936 erlassen.